

PROTOKOLL

über die 15. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 22. September 2005, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ernst Esterle, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Monika Freimund, Walter Gabath, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Mag. Michaela Frech

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) AKTUELLE STUNDE

5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

1) GHJ2-53/05 Generalsanierung der Duschanlage MSZ Wehrgraben nach Rohrbruch.

2) Präs-510/05 Hochwasserkatastrophe in Tirol und Vorarlberg; Katastrophenhilfe.

3) Fin-153/05 Tourismusverband Steyr; Ersatz des Abganges für den Betrieb des Weihnachtsmuseums Christkindlwelt in der Saison 2004/2005.

4) Fin-158/05 TKV-Gebühren; OÖ. Tiermaterialenverordnung 2004.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

1) ÖAG-24/04 Erwerb der zum Ausbau des Posthofknotens notwendigen ÖAG-7/04 Grundflächen von der Bundesimmobilien Gesellschaft mbH.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

2) SH-126/05 Sozialhilfe – Barleistungen; Krankenversicherungsbeiträge für SH-Bezieher.

3) K-57/05 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2005.

4) SH-224/05 Soziales Leitbild für die Stadt Steyr.

5) GHJ2-19/05 Vermietung von Räumlichkeiten im APM für Seminare und Veranstaltungen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

6) Schu-40/96 Neubau einer Volksschule im Stadtteil Resthof; Honorar Arch. Scheurecker-Körner für Weiterbearbeitung; Entwurf VS Resthof.

7) GHJ2-57/05 Abbruch der alten Sporthalle; Auftragsvergabe

8) GHJ2-70/05 VS Wehrgraben; Austausch des Technikschranks nach Hochwasser 2002.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

9) Fin-109/05 Verein „Gesellschaft zur Pflege literarischer Kostbarkeiten“ – Jahresförderung f. „Steyrer LiteRaritäten“.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

10) BauH-3/00 Sanierung des Stadtbades Steyr, Freibad, Bauteil 1; Auftragsvergaben.

11) Stw-61/05 Erdgaspreiserhöhung per 1. 11. 2005 aufgrund gestiegener Gaseinkaufspreise im 1. HJ 2005 um 25 % über Vorjahr mit weiterhin steigender Tendenz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

12) BauStr-11/05 Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der Oberösterreichischen Baulandentwicklungsfonds Aktiengesellschaft & Co über die Erschließung des Grundstückes 1620/1, Grundbuch Föhrenschacherl.

13) BauStr-4/05 Straßenneubau 2005 der Stadt Steyr für die nachstehend angeführten Bauvorhaben:

1. Resthof BA 2 (Siemensstraße – Resthofstraße) samt Verkehrssicherung.
 2. Hanuschstraße (Industriestraße – Bogenhausstraße)
 3. Direktionsstraße (Wehrgrabengasse – Gsangsteg)
- Dringlichkeitsbeschluss.

14) BauStr-3/05 Straßensanierung Münchenholz – Punzerstraße im Bereich Plenkberg bis Wagnerstraße.

15) Wa-41/99 Zeugstätte II; Neubau der Kuperhammerfalle und –brücke sowie des Dotationsbauwerkes Unterer Wehrgraben.

16) BauT-307/94 Rechtssache Porr AG gegen Stadt Steyr; Abschluss eines Vergleiches.

17) BauT-8/05 Kanalisation Stadt Steyr – Kanalneubau 2005, Teil 2.

1. Gleink – Neustift; Goldhanstraße
2. Krenngründe
3. Mayrgründe
4. Strassergründe

5. Pyrach
Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe zur Kanalerriichtung

18) BauGru-55/05 Neuplanungsgebiet Nr. 5 – Hausleiten; Ergänzungsverordnung.

19) BauGru-28/03 Neuplanungsgebiet Nr. 3; 1. Verlängerung Hochwasserabflussbereiche.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

20) JW-520/05 Kreditübertragung bzw. –schreitung bei den Kosten für sozialpädagogische Betreuungen.

21) JW-520/05 Kreditüberschreitung bei den Kosten für Pflegekinder.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf die heutige Sitzung eröffnen, darf feststellen, dass sie ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Protokollprüfer sind heute GR Rudolf Schröder und GR Kurt Apfelthaler. Entschuldigt ist heute die GR Mag. Frech Michael. Der Herr Kupfer Andreas wird eine halbe Stunde später kommen.

Ich komme zu Punkt 2), Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse, Änderung in der Zusammensetzung.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 23. Oktober 2003 wurde auch der Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ gem. § 40 StS 1992 neu gebildet.

Aufgrund der personellen Änderung der SPÖ im Gemeinderat der Stadt Steyr vom 7. Juli 2005 ist nun auch die Änderung in der Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses Stadtwerke Steyr wie folgt vorzunehmen:

Als Ersatzmitglied: Herr Ernst Esterle anstelle von Frau Roswitha Großalber.

Zuständig für die Entsendung der Mitglieder und Ersatzmitglieder in den Verwaltungsausschuss der wirtschaftlichen Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ sind die Mitglieder der jeweils zur Nominierung berechtigten Gemeinderatsfraktion.

Ich ersuche daher die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingebrachten Wahlvorschlag, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke, einstimmige Zustimmung. Damit gelten die von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagenen Ausschussmitglieder und Ersatzmitglieder als gewählt.

Nunmehr gibt auch die Gemeinderatsfraktion der GRÜNEN Steyr mit Schriftsatz vom 5.09.2005 folgende Änderungen bzw. Neubesetzung in der personellen Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses Stadtwerke Steyr für die heutige Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr bekannt.

Es wird neu nominiert Kurt Apfelthaler anstelle von Ute Fanta.
Als Ersatzmitglied: Ute Fanta anstelle von Andreas Kupfer.

Zuständig für die Entsendung der Mitglieder und Ersatzmitglieder in den Verwaltungsausschuss der wirtschaftlichen Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ sind die Mitglieder der jeweils zur Nominierung berechtigten Gemeinderatsfraktion.

Ich ersuche daher die Mitglieder der Grünen-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingebrachten Wahlvorschlag, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke, einstimmige Annahme. Damit gelten die von der Grünen-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagenen Ausschussmitglieder und Ersatzmitglieder als gewählt.

Punkt 3), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Mit Schreiben vom 9. 9. 2005 richtete die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgende Anfrage an mich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit Jahren haben sich verschiedene Arbeitsgruppen - zuletzt „Stadtplatz im Aufbruch“ - mit der Ausarbeitung von Vorschlägen beschäftigt, die eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung durch mehr Belegung am Stadtplatz zum Inhalt hatten.

Diese Verbesserungsvorschläge wurden bereits des Öfteren in politischen Gremien diskutiert und für einige Projekte auch Grundsatzbeschlüsse im Gemeinderat gefasst. Allerdings fehlt es nach wie vor an der Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen.

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates richten daher folgende Anfrage:

Wann werden die ausgearbeiteten Verbesserungsmaßnahmen und Vorschläge, die wie bereits oben angeführt, in den zuständigen politischen Gremien ausdiskutiert bzw. auch im Gemeinderat teilweise bereits beschlossen wurden (z. B. Errichtung einer zentrumsnahen Parkgarage, Umgestaltung des Stadtplatzes, Neuordnung der Parkplätze und Ennskai usw.) umgesetzt?“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Aus der Liste der Maßnahmen, die von den Arbeitsgruppen erarbeitet worden sind, darf ich Ihnen zuerst jene zur Kenntnis bringen, die umgesetzt sind bzw. in Umsetzung sind. Ich habe da nicht alle, sondern nur einen Teil.

1. Aufwertung des Bereiches Zwischenbrücken (Wasserturm) durch Platzgestaltung – Planung abgeschlossen, Durchführung nach Maßgabe des Budgets.
2. Schaffung von legalen Möglichkeiten zur Plakatierung - ein Konzept mit Rund- und Tafelsäulen ist erstellt. Die Umsetzung erfolgt in den nächsten Monaten.
3. Erarbeitung eines professionellen Gestaltungsentwurfes für die Innenstadt (Stadtplatz) - die Planung für Gesamtkonzept ist abgeschlossen.
4. Beiziehung eines externen Planers zur Gestaltung Stadtplatz – dieser war Arch. Beneder, wie allgemein bekannt.
5. Generalsanierung der Pflasterung in der Ölberggasse - erledigt.
6. Verbesserung der Anbindung an bestehende Radwegestrecken (Donautalradweg, Ennstalradweg) durch geeignete Beschilderungen - erledigt.
7. Geeignete Ausschilderung der vorhandenen Parkplatzangebote - erledigt.
8. Sanierung des Leopoldibrunnens - erledigt.
9. Verschönerung der Pflanztröge durch eine attraktive Bepflanzung - in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung am 15. 9. 2005 wurde die Art der Pflanzentröge festgelegt und die Beschaffung beauftragt.
10. Verstärkte Beleuchtung der Gebäudekörper von innen heraus - Beispiel Neutor - in Arbeit.
11. Umsetzung einer auf die städtebaulichen Situation abgestimmten Weihnachtsbeleuchtung - Umsetzung teilweise erfolgt.
12. Attraktivierung der Beleuchtung am Grünmarkt möglichst in Zusammenhang mit einer Gesamtgestaltung – erledigt.

In der Fraktionsvorsitzendenkonferenz am 20. 9. 2005 habe ich die anwesenden Fraktionsvorsitzenden darüber informiert, dass in ca. 3 - 4 Wochen eine Fraktionsvorsitzendenbesprechung zum Thema „Tiefgarage Stadtplatz“ stattfinden wird, in der auch

die Themen „Neuordnung der Parkplätze und Ennskai“ diskutiert werden können.

Erst nach der Meinungsbildung der Fraktionsvorsitzenden wird eine Weiterleitung in einen Ausschuss, den Stadtssenat und Gemeinderat erfolgen.

Natürlich gibt es noch viel zu arbeiten, um die noch offenen Maßnahmen einer Verwirklichung zuzuführen, alles aber nur nach Maßgabe der finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten.

Punkt 4), Mitteilungen des Bürgermeisters:

Stadt Steyr - Geschäftsordnung des Gemeinderates. Ich habe da ein Schreiben vom Herrn Gugler, vom Landesverfassungsdienst bekommen das lautet:

Auf mein Schreiben vom 15. 7. 2005, in dem ich dem Amt der OÖ. Landesregierung das Nichtzustandekommen einer Beschlussfassung über eine Geschäftsordnung für den Gemeinderat mitgeteilt habe, teilte mir der Leiter der Gemeindeabteilung des Amtes der OÖ. Landesregierung, Herr Hofrat Dr. Michael Gugler, mit, dass mit dem Landesgesetz Nr. 11/05 unter anderem auch das Statut für die Stadt Steyr 1992 geändert wurde. Durch diese Änderung ist auch eine Abänderung der bestehenden Geschäftsordnung für den Gemeinderat erforderlich. Gem. § 18 Abs. 3 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 ist für die Abänderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat die Zustimmung von zwei Dritteln der Anwesenden erforderlich.

Da haben wir ja schon zwei Hoffnungsrunden gehabt.

In rechtlicher Hinsicht merkte er mit Zustimmung beider Gemeindereferenten Folgendes an:

Die Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr ist eine Durchführungsverordnung zum Statut der Stadt Steyr. Durchführungsverordnungen dürfen der bestehenden Gesetzeslage nicht widersprechen. Daraus ergibt sich, dass durch die Änderungen des Statutes der Stadt Steyr durch den Landtag auch eine Abänderung der Geschäftsordnung notwendig ist. Die Ablehnung der Anpassung der Geschäftsordnung an das Statut der Stadt Steyr ist im gegebenen Zusammenhang keine adäquate Reaktion. Der Umstand, dass man allenfalls mit der Abänderung des Statutes dafür bieten, die bestehende Geschäftsordnung nicht an das Statut anzupassen. Sie und die Mitglieder Ihrer Fraktion, da ist gemeint die ÖVP, die FPÖ, die Grünen und das Bürgerforum Frech, werden hiermit an das Gelöbnis erinnert, welches Sie gem. § 10 Abs. 4 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 nach der Wahl geleistet haben. Es wird von uns erwartet, dass Sie und die Mitglieder Ihrer Fraktion bei der nächsten Sitzung, in der die Abänderung der Geschäftsordnung auf der Tagesordnung steht, sich gesetzmäßig verhalten und der Abänderung der Geschäftsordnung Ihre Zustimmung geben.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Erwarten kann man eh viel.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich werde daher zur Gemeinderatssitzung am 17. 11. 2005 den Tagesordnungspunkt „Geschäftsordnung für den Gemeinderat“ in die Tagesordnung aufnehmen und wir werden das noch einmal diskutieren. Aber ich nehme einmal an, dass das irgendwann von allen akzeptiert wird, dass wir ein Gelöbnis abgegeben haben, und dass diesem Gelöbnis auch Folge zu leisten ist.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Dann sollen sie es halt verordnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Du hast ein Gelöbnis gesprochen.

So, dann komme ich zum Prüfungsauftrag des Gemeinderates vom 7. 7. 2005 betreffend Überprüfung der Repräsentationskosten/Verfügungsmittel.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat mit Beschluss vom 7. 7. 2005 den Prüfauftrag erteilt, die Repräsentationskosten/Verfügungsmittel des Herrn Bürgermeisters, der Vizebürgermeisterin, der Fraktionsobleute, der Mitglieder des Stadtssenates und des Magistrates zu prüfen.

Dieser Prüfauftrag wurde dem Kontrollamt am 15. 07. 2005 übermittelt und die Überprüfung im

Zeitraum Juli/August 2005 durchgeführt.

Der Umfang der Prüftätigkeit wurde unterteilt in:

- Repräsentationskosten
- Verfügungsmittel
- Repräsentationskosten Administration

Geprüft wurden die gegenständlichen VA-Stellen ab Oktober 2003 mit Gesamt über 600 Buchungen, welche wiederum ca. 2000 Belege repräsentieren.

Als Belege lagen vor:

- Haushaltsanweisung (Auszahlungsanordnung, Annahmeanordnung, Umbuchungsanordnung, Absetzung usw.)
- Interne und externe Rechnungen
- Interne und externe Kassenboni
- Interne Eigen-/Ersatzbelege

Geprüft wurden die Belege in Abhängigkeit ihrer Anzahl und Gleichartigkeit entweder vollständig oder im Schrittziffernverfahren und auf ihre Übereinstimmung mit dem Haushaltsrecht, insbesondere auf

- richtiger Anordnungsbefugter
- Betragsidentität Rechnung/Bon mit der Haushaltsanweisung
- Zweckübereinstimmung (Voranschlagstelle mit der Rechnung/Bon/Haushaltsanweisung)
- Unterschriften
- kassenmäßige Durchführung
- Vollständigkeit der Angaben

Repräsentationskosten:

Die rund 1300 Belege entsprachen alle den haushaltsrechtlichen Vorschriften und konnte keine Zweckwidrigkeit festgestellt werden.

Aus Sicht des Kontrollamtes war die Zweckmäßigkeit der Ausgaben in jedem Fall gegeben. Mit dem Verständnis des Funktionsinhabers vom Inhalt und Umfang der Repräsentation der Stadt ergibt sich folglich die Notwendigkeit entsprechender Ausgaben.

Verfügungsmittel:

Die buchhalterische Aufzeichnung und Belegsammlung erfolgt im Büro des Bürgermeisters und unterteilt sich einerseits in das als Papieraufzeichnung geführte Kassabuch (=Journal) und die Belegsammlung (=Sachbuch).

Die Verfügungsmittel werden im Rahmen der Budgeterstellung jährlich vom Gemeinderat dotiert und belaufen sich im Jahr 2005 auf € 31.900,--. Diese Verfügungsmittel stehen im Hinblick auf die Anordnungsbefugnis dem Büro des Bürgermeisters zu.

Aus diesen Verfügungsmitteln werden derzeit die einzelnen stadträtlichen Referenten, die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und der Magistratsdirektor nach einem abgestuften Verteilungsschlüssel bedient.

Die Belegsammlung wird unterteilt nach Jahren und hier wieder unterteilt nach Referenten und nach Fraktionen geführt.

Folgende Belegarten sind vorhanden:

- Anweisung (Formular) an die Kassenführung (Bgm)
- externe und interne Rechnungen
- externe und interne Kassenboni
- interne Eigen- und Ersatzbelege

Jede Eintragung im Kassenbuch entspricht einer Belegnummer. Die Belege sind fortlaufend nummeriert (beginnend mit der Nummer 1 pro Jahr), für jeden Referenten bzw. jede Fraktion getrennt (eine bestimmte Belegnummer existiert somit mehrmals).

Die Belegeinschau umfasste insgesamt 12 Ordner mit hunderten Belegen.

Zusammenfassend war festzustellen, dass das Kassenbuch richtig und vollständig geführt wird, die Aufzeichnungen mit den Belegen übereinstimmen und die Belege grundsätzlich die zweckmäßige Verwendung der Verfügungsmittel belegen.

Die vorliegenden Belege betreffen im wesentlichen folgende Ausgabenkategorien:

Restaurant, Einzelhandel, Mitgliedsbeiträge bei Vereinen und Organisationen, Geldspenden, Pokalspenden, Papier- und Bürobedarf, Konzert- und Theaterkarten, Eintrittsgelder, Zuwendungen zu Magistratsanlässen, soziale Zuwendungen (Bargeld).

Die Vollständigkeit des Belegnachweises variiert teilweise in Abhängigkeit vom jeweiligen Verwender der Verfügungsmittel.

Repräsentationskosten Administration:

Die rund 700 Belege entsprachen grundsätzlich den haushaltsrechtlichen Vorschriften.

Einige Geschäftsbereiche rechnen ab und verbuchen je getätigte Ausgabe, andere sammeln die Belege übers Jahr und rechnen im Nachhinein durch Barbehebung ab.

Es gibt Geschäftsbereiche, die nur eine einzige Ausgabe mit einem Beleg über den Gesamtbetrag verzeichnen, andere sammeln übers Jahr gesehen bis zu 100 Belege.

Auch wenn die haushaltsrechtlichen Vorschriften grundsätzlich eingehalten werden, ist eine Gleichmäßigkeit bezüglich Ausmaß, Art und Zweck zwischen den Geschäftsbereichen nicht ersichtlich; allgemein geltende Richtlinien wären daher zu empfehlen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Zur Geschäftsordnung bitte. Herr Bürgermeister, ich finde es etwas befremdend, dass ein offizieller Auftrag des Gemeinderates mit einem Erkenntnis, 1. einmal nicht in schriftlicher Form allen Gemeinderäten und Gemeinderätinnen vorliegt und 2., dass nicht darüber diskutiert werden darf, weil Sie das jetzt einfach im Zuge Ihrer Berichterstattung vortragen. Das war ein offizieller Auftrag des Gemeinderates, dass wir das prüfen. Aber ich glaube das ist das erste Mal, was ich mich erinnern kann, dass ein Auftrag des Gemeinderates das Ergebnis Sie dann in ihren Berichterstattungen vortragen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die Art wie das berichtet werden kann ist ja im Statut festgehalten. D. h., man kann das mündlich oder auch schriftlich machen und zusätzlich wird ja noch beim Gesamtbericht am Jahresende dieses Thema berichtet. Aber die Art wie das berichtet wird ist mir freigestellt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Noch einmal zur Geschäftsordnung. Es ist ja auch so, dass der Prüfungsausschuss einen Quartalsbericht abgeliefert hat mit der Zustimmung an den Gemeinderat. In diesem Quartalsbericht wäre dieser Prüfbericht drinnen gewesen, aber wie gesagt er wurde jetzt nicht im Gemeinderat behandelt. Warum ist das dann drinnen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das weiß ich jetzt nicht.

OMR MAG. HELMUT GOLDA:

Der Quartalsbericht ist nie im Gemeinderat behandelt worden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, dann kommen wir zur Ausstellung über den Wehrgraben.

Die Stadt Steyr veranstaltet im Foyer der Fachhochschule eine Ausstellung über den Wehrgraben. Die Schau beginnt am 27. September und wird drei Wochen dauern. Zu sehen gibt es dabei unter anderem Exponate über die Geschichte des Wehrgrabens, Studien von Studenten zur Gestaltung des Wehrgrabens, Arbeiten von Preisträgern des Wettbewerbs aus dem Jahr 1980 sowie

Dokumentationen zu Sanierungen und Ufergestaltungen.
Neue Musikschule wird 2007 gebaut

Jetzt ist es fix. Die neue Musikschule wird im Jahr 2007 im Reithoffer-Gebäude errichtet. Ich habe vor kurzem den Finanzierungsplan mit den zuständigen Referenten des Landes verhandelt. Das Ergebnis: Jeweils ein Drittel des 5,8 Millionen-Euro-Projektes bezahlen die Kulturabteilung des Landes (Landeshauptmann Pühringer) und das Gemeinde-Ressort des Landes (Landesrat Josef Ackerl). Ein Drittel muss die Stadt Steyr beisteuern. Zusätzlich werden der Bau des zentralen Stadtarchivs und die Adaptierung von Proberäumen vom Land mit 240.000,-- Euro gefördert. Die Gesamtkosten für diese beiden Projekte betragen etwa 1,1 Millionen Euro. Für den Kauf des Reithoffer-Gebäudes bekommt die Stadt rückwirkend vom Gemeinderessort des Landes eine Förderung in der Höhe von 200.000,-- Euro. Das Haus hat 1,37 Millionen Euro gekostet.

Einem Baubeginn im Jahre 2007 steht somit nichts mehr im Weg. Schon im nächsten Jahr werden die Planungen beginnen.

Leopoldibrunnen renoviert: Fest am 9. Oktober.

Der Leopoldibrunnen ist restauriert, am 9. Oktober wird deshalb gefeiert. Ich werde am 9. Oktober um 11 Uhr den Brunnen wieder in Betrieb nehmen, Stadtpfarrer Mag. Roland Bachleitner und der evangelische Pfarrer Dr. Friedrich Rössler werden den Wasserspender einweihen, dazu wird die Steyrer Stadtkapelle aufspielen. Die Feier findet im Zuge des Tages des offenen Denkmals statt. Die Renovierung des Leopoldibrunnens hat etwa 120.000,-- Euro gekostet. Sie gehört zu den Projekten, die in den Maßnahmen-Katalog der Aktion „Stadtplatz im Aufbruch“ aufgenommen worden sind.

Der Leopoldibrunnen zählt zu den beliebtesten Orten auf dem Stadtplatz. Für das Leben im Stadtzentrum spielt der Wohlfühl-Platz um den Brunnen eine wichtige Rolle.

Im dem Bereich, in dem heute der Leopoldibrunnen steht, befand sich früher der sogenannte Untere Stadtbrunnen. Dieser Untere Stadtbrunnen ist Ende des 17. Jahrhunderts vom Leopoldibrunnen ersetzt worden. Große Teile des Brunnens stammen aus dem ehemaligen Schloss Windhaag bei Perg. Die Stadt hat diese Brunnenteile im Jahr 1682 um 300 Gulden gekauft. Die marmorne Statue des heiligen Leopold und die dazugehörigen Engel sind vom Linzer Steinmetz Peter Petz im Jahr 1685 angefertigt worden. Restauriert wurde der Brunnen im Jahr 1808, im Jahr 1930 und im Jahr 1955. Für die Sanierung im Jahr 1955 musste der Leopoldi-Brunnen zur Gänze abgebaut und etwas weiter nach Süden versetzt werden.

Gemeinsamer Kampf um Koronar-Angiographie

Im Kampf um eine Koronar-Angiographie im Steyrer Krankenhaus hat die Stadt und die niedergelassenen Ärzte der Regionen einen neuen Verbündeten: Auch die GESPAG (Oberösterreichische Gesundheits- und Spitals AG) setzt sich nun für diese wichtige Einrichtung im Steyrer Spital ein.

Eine Koronar-Angiographie ist für die Herz-Patienten unserer Region von großer Bedeutung.

Laut aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen wird ein Herzinfarkt optimal behandelt, wenn die verschlossenen Herzkranzgefäße innerhalb von 90 Minuten nach dem Infarkt aufgedehnt werden. Eine Koronar-Angiographie in Steyr hat den Sinn, möglichst vielen Menschen aus der Region diese optimale Behandlung zukommen zu lassen. In der Bundeshauptstadt konnten nach organisatorischen Maßnahmen 60 Prozent der Herzinfarkt-Patienten durch Herzkatheter versorgt werden, die Sterblichkeitsziffer im Spital sank dabei von 15 auf 8 Prozent.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im August 2005 betrug 6,2 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,2 % höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich auch um 1,1 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im August 2005 2.607 Personen. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 2,2 % (d.s. 56 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 24,6 % (d.s. 514 Personen).

Im August 2005 sind 440 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 11 Stellen mehr und gegenüber dem Vorjahr um 4 Stellen weniger.

Wir kommen zu Punkt 5), „Aktuelle Stunde“.

Es wurden keine Vorschläge für die Durchführung einer „Aktuellen Stunde“ eingebracht.

Beim Punkt 6) bitte ich um Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates und ich komme gleich zu Punkt 7), Verhandlungsgegenstände.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag, unterstützt von den Gemeinderäten Dr. Braunsberger-Lechner, Engelbert Lengauer, Roman Eichhübl und Hans Payrleithner vor, in dem die Dringlichkeit folgend begründet wird:

„Bis dato sind aber die gewählten Vertreter nicht miteingebunden worden. Da eine politische Willensbildung bis jetzt nicht erfolgte und jegliche Maßnahmen betreffend das Reithoffer-Gebäude budgetäre Auswirkungen haben, ist die Dringlichkeit der Behandlung im Gemeinderat gegeben.“

Also das ist die Ansicht der Einbringer. Es handelt sich um den Dringlichkeitsantrag der letztes Mal auch schon von den Freiheitlichen eingebracht wurde.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Bestimmungen des neuen Statutes für die Stadt Steyr hinweisen, wonach gem. § 18 Abs. 5 StS eine Dringlichkeit dann gegeben ist, wenn

- eine spätere Befassung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder
- die Angelegenheit einer sofortigen Erledigung bedarf.

Da dies aus dem Antrag nicht eindeutig hervorgeht, ersuche ich nun die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Parteien diese Dringlichkeit zu begründen bzw. zu diesem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zu diskutieren.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Könnten Sie bitte den ganzen Dringlichkeitsantrag vorlesen?

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:
Ich habe ihn eh ausgeteilt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Kein Problem.

Dringlichkeitsantrag der unterzeichneten Gemeinderatsfraktionen an den Gemeinderat gem. § 18 des Stadtstatuts der Stadt Steyr.

In der Stadt Steyr stehen hohe Investitionen im Bereich der Liegenschaften an, allen voran Übersiedlungen ganzer Magistratsabteilungen in das Reithoffer-Areal.

Obwohl das Reithoffer-Gebäude bereits vor 10 Jahren von der Stadt angekauft sowie in weiterer Folge die restlichen Grundflächen dieses Areals vom Stronach-Konzern erworben wurden, gibt es bis heute weder ein gesamtes Nutzungskonzept in dieser Angelegenheit.

Wir vertreten die Auffassung, dass derartig wichtige, mit hohem finanziellen Einsatz verbundene Entscheidungen, keinesfalls als Angelegenheit des „Inneren Dienstes“ beurteilt werden können, sondern die gewählten Vertreter der Stadt nicht nur informiert werden, sondern auch eine Mitentscheidung eingeräumt werden muss.

Bis dato sind aber die gewählten Vertreter nicht miteingebunden worden. Da eine politische Willensbildung bis jetzt nicht erfolgte und jegliche Maßnahmen betreffend das Reithoffer-Gebäude budgetäre Auswirkungen haben, ist die Dringlichkeit der Behandlung im Gemeinderat gegeben.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen:

Angelegenheiten betreffend die Liegenschaften der Stadt müssen in einem Ausschuss (z. B. Bauausschuss oder einem anderen Ausschuss) behandelt und erst dann dem Gemeinderat wegen der budgetären Auswirkungen zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Das war der Text des Dringlichkeitsantrages. Ich bitte nun die Fraktionsvorsitzenden oder – verantwortlichen um ihre Stellungnahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr StR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, Werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Der Herr Bürgermeister hat ja bereits darauf hingewiesen, dass dieser Antrag im Grunde genommen bereits zweimal eingereicht wurde und ich für unsere Fraktion sehr deutlich sagen kann, dass sich bereits beim ersten Antrag die Dringlichkeit sehr deutlich ergeben hat, dass nämlich bis dato die Gemeinderäte nicht einbezogen wurden in die Planungen bzw. was man eben mit dem Reithoffer-Gebäude tatsächlich vor hat, weil das ja budgetäre Auswirkungen hat und schlussendlich der Gemeinderat dann diese Beschlussfassungen treffen muss. Heute, Herr Bürgermeister, kann ich nur eines sagen, dass du selbst die Begründung geliefert hast, denn du hast ja berichtet, dass du bereits mit dem Land eine Einigung getroffen hast in dieser Frage was dort weiter zu geschehen hat und die Gemeinderäte wissen offensichtlich nichts davon. Ich weiß nicht, ob es die SPÖ-Fraktion inzwischen weiß, was dort für Vereinbarungen getroffen worden sind. Daher ist diese Dringlichkeit noch mehr dokumentiert worden als bei der letzten GR-Sitzung. Ich verstehe ja Ihre Vorgangsweise überhaupt nicht, denn Sie könnten ja an und für sich die übliche Vorgangsweise wählen, dass Sie die Dringlichkeit zwar zuerkennen und dann die übliche Form nehmen, dass, wenn Anträge von einer anderen Partei kommen und nicht von der SPÖ, diese dann ablehnen können.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Frau Dr. Lechner bitte.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Gemeinderäte, sehr geehrte Vertreter der Medien. Also, Herr Bürgermeister, wenn Sie eine Begründung haben wollen, dann verweise ich eigentlich auf Ihre Ausführungen. Sie haben eigentlich die entscheidende Begründung geliefert. Im Jahr 2007, haben Sie heute verkündet, wird das Projekt gestartet, umgesetzt. Es stehen bereits sämtliche Pläne, Kostenschätzungen sind schon vonseiten des Landes getroffen worden in Zusammenarbeit mit dem inneren Dienst, mit der Beamtenschaft von der Stadt Steyr. Wir, die politischen Mandatare, sind überhaupt noch nie miteingebunden worden, dass wir eine Willensbildung oder eine Entscheidung treffen. Zeigen Sie mir einen Beschluss, der von uns gefasst worden ist, dann gebe ich Ihnen Recht. Dieser Beschluss liegt nicht vor. Wir haben in keinem Ausschuss die Pläne besprochen. Wir haben auch diesbezüglich überhaupt nichts beschlossen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ob wir mit der Planung einverstanden sind, ist nirgends beschlossen worden.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Es ist so ähnlich wie jeder kleine Häuslbauer, wenn er einen Architekten beauftragt schaut sich einmal den Plan an bevor er umgesetzt wird und sagt nicht Plan und bitte gib den Auftrag. Wir sind diesbezüglich nicht miteingebunden worden. Wir sprechen hier von 1,1 Millionen Euro, wo wir ein Drittel mitfinanzieren müssen. Das sind nicht Peanuts, sondern ein beträchtlicher Betrag. Ich glaube sehr wohl, dass da die Dringlichkeit gegeben ist. Ich spreche gar nicht von einer Dringlichkeit, das ist sogar untertrieben, es ist höchste Eisenbahn, dass wir da endlich einmal miteingebunden werden, dass wir auch mitreden können wie dieses Projekt umgesetzt wird.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich danke. Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Nachdem wir ja diesen Dringlichkeitsantrag schon im Juli gehabt haben, wäre es vielleicht nicht schlecht gewesen, wenn wir jetzt einen normalen Antrag gestellt hätten, weil dann hätten wir umfangreicher diskutieren können.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wobei es ja egal ist, weil er sowieso abgelehnt wird.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das macht ja nichts, aber wir hätten uns ein bisschen eindeutiger ausarbeiten können und es hätte jeder die Möglichkeit gehabt darüber ausführlich zu diskutieren.

Über die Dringlichkeit selbst, abgesehen davon, dass es halt noch einmal eine Dringlichkeit ist, denke ich mir besteht kein Zweifel. Ich muss da den Fraktionen Recht geben, allzu viel haben wir noch nicht über diverse Übersiedlungsaktion ect., ect. gesprochen. Ich weiß nicht warum das irgendwie so derartig entschleunigt stattfindet. Es mag natürlich auch mit den einzelnen Schwierigkeiten in dem Bereich zusammenhängen, weil ich kann mich erinnern die Redtenbachergasse ist ja auch geplant ect., ect. Ja, das ist nicht so einfach, aber schlecht wäre es nicht gewesen, wenn wir in den einzelnen Ausschüssen einmal eingehender darüber diskutiert hätten. Warum das nicht stattfindet weiß ich nicht, aber es ist kein Wunder, dass dann Dringlichkeitsanträge zu diesem Thema kommen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich wollte eh darauf hinweisen, am 7. Juli haben wir diesen Dringlichkeitsantrag schon gehabt. Es war zwar die Sommerpause dazwischen, das muss man einräumen, es gibt 5 bis 6 Wochen maximal Urlaub, bei normalen Dienstverhältnissen, also es wäre genug Zeit gewesen, wenn man es ernst meint, dass man sich über dieses Thema anlässlich einer GR-Sitzung unterhalten will, dass man das als normalen Antrag einbringen hätte können. Wenn man es ernst nimmt. Aber das kann man dabei unterstellen. Ihr selbst habt damit ja geliefert, dass es gar nicht so um den Ernst des Inhaltes geht, sondern einfach ein bisschen eine Bühne zu haben, die SPÖ hat mit Mehrheit wieder einen Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Es wird versucht auf dem Klavier zu spielen, es wird aber sicherlich niemand abnehmen.

Zur Sache selbst auch, wie in dem Dringlichkeitsantrag begründet wird, dass es bis heute kein Nutzungskonzept gibt, möchte ich auch nur daran erinnern, für das gesamte Areal, bevor das die Stadt erworben hat, haben wir schon ein Nutzungskonzept in Auftrag gegeben, es hat dort einen Wettbewerb gegeben. Arch. Falkner und Neumann waren die beiden Sieger. Also, es gibt dort schon ein Nutzungskonzept. Es ist sicherlich schon einige Zeit vorbei und man hat das vergessen. Ich möchte das nur in Erinnerung rufen, dass da im Antrag darauf hingewiesen wurde, dass es kein Nutzungskonzept gibt.

Zum Gebäude selbst, es ist noch in keinem Ausschuss diskutiert worden. Da muss ich schon darauf verweisen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass wir sehr wohl im Ausschuss für Schule und Sport über die Musikschule, und das ist ja auch nichts Neues, die Planungen haben wir beschlossen. Wenn es auch vielleicht vor Ihrer Zeit gewesen ist Frau Braunsberger, aber wir haben trotzdem im Gemeinderat die Planungen beschlossen. Wir haben den Auftrag für die Planung beschlossen und nicht den Auftrag, dass irgendwo in Steyr eine Musikschule errichtet werden soll, sondern, dass in Steyr, im Reithoffer-Gebäude, die Musikschule errichtet werden soll. Das haben wir berichtet.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jetzt lasst ihn halt mal ausreden!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das können sie natürlich nicht, sich zu Wort melden, weil es nämlich zur Dringlichkeit nur eine Wortmeldung gibt, darum sind zwei drei Zwischenrufe erlaubt. Ich weiß ja eh noch was ich sagen will, auch wenn man dazwischen redet.

Ich möchte ja nur auf diese Behauptung hinweisen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass gesagt wird es ist noch in keinem Ausschuss berichtet worden. Das stimmt schlicht und einfach nicht, weil nämlich Schule und Sport auch ein gewählter Ausschuss ist. Nur weil Sie nicht drinnen sind, das ist ein anderer Kaffee, das müsst ihr unter euch ausmachen. Sie haben ja die Möglichkeit, Frau Braunsberger, als Fraktionsvorsitzende in alle Ausschüsse zu gehen. Es hindert Sie niemand oder es hindert dich niemand daran. Da brauchen wir jetzt nicht förmlich sein. Aber das möchte ich einfach zurückweisen. Dass das übrige Haus noch einer Nutzung zugeführt werden muss, das haben wir da herinnen auch schon berichtet und da gibt es Überlegungen und da werden Planungen vorbereitet, dass dann die Fraktionen und der Gemeinderat dementsprechend informiert wird. Außerdem so etwas hat es eh überhaupt noch nie gegeben, wenn man da mit der Begründung hergeht, im Budget muss man ein Geld vorsehen und jetzt müssen wir es irgendwo in einem Ausschuss vorher behandeln. Zu dem gibt es ja eine Budgetsitzung und Budgetberatungen wo man das auch vorsieht. Wir haben geredet von 2007, hat der Herr Bürgermeister berichtet, und jetzt haben wir September 2005. Da ist noch ein langer Weg hin und da wird die Beratung dementsprechend stattfinden, was in dem Obergeschoss ist, weil die Musikschule ist auf der Schiene und das wissen alle und da brauchen wir nicht so scheinheilig tun, das passt nicht einmal in den christlichen Bereich.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Keine Rassendiskriminierung bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Daher stelle ich den Antrag, diesen Dringlichkeitsantrag zurückzuweisen. Diesen Antrag, Herr Bürgermeister, möchte ich stellen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer für die Zurückweisung dieses Antrages stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP; FPÖ, 1 Grüne (GR Apfelthaler). Wer übt Stimmenthaltung? 2 Grüne (GR Fanta, GR Kupfer). Der Antrag wurde mit Mehrheit zurückgewiesen.

Ich übergebe nun den Vorsitz an meine Kollegin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme nun zu meinem einzigen Antrag. Es geht es hier um den Erwerb der zum Ausbau des Posthofknotens notwendigen Grundfläche von der Bundesimmobilien GesmbH. Und zwar geht es ja um das Projekt Posthofkreuzung und in Verbindung auch dann mit der Taborkreuzung. Damit dort eine entsprechende Aufschließung dieser Grundstücke und dieses Kasernengeländes möglich ist, gibt es ja bereits Planungen die so weit fortgeschritten sind, dass wir wissen, welche Grundstücke dazu benötigt werden und welche nicht. Die BIG hat uns angeboten hier Grundstücke zu erwerben und wir haben auf dieses Angebot eine entsprechende Antwort gegeben. Es geht hier um 1.800 m². Zu einem Preis von 278.500,-- Euro können wir dieses Grundstück erwerben. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

1) ÖAG-24/04 - ÖAG-7/04 Erwerb der zum Ausbau des Posthofknotens notwendigen Grundfläche von der Bundesimmobilien Gesellschaft mbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 13. 07. 2005 wird dem Erwerb der zur späteren Errichtung des Posthofknotens unbedingt notwendigen Flächen aus Grundstück 1664/4 samt dem Wohnhaus Michael-Blümelhuberstraße 38 im Gesamtausmaß von rund 1.800 m² zum Kaufpreis von EUR 265.000,-- von der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. zugestimmt.

Zur Bezahlung des Kaufpreises samt der notwendigen Nebenkosten wird bei der VA-Stelle 5/612000/002080 (Gemeindestraßen – Straßenbau Tabor) ein Betrag von EUR 278.500,--

freigegeben.

Infolge der Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 idgF. Zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 278.500,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Sie haben ja eben miterlebt, dass ein Dringlichkeitsantrag zweimal abgelehnt wurde, weil ihm die Dringlichkeit nicht zuerkannt wurde. Sie werden jetzt erleben, dass ein Antrag, bei dem es darum geht, dass eine Liegenschaft angekauft werden soll um die Posthofstraße an den Blümelhuberberg anzubinden und der von Haus aus das Prädikat „dringlich“ in sich hat. Da darf ich einmal die Dringlichkeit infrage stellen, denn, meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist seit Jahrzehnten in Diskussion, zum einen der wichtige Umbau des Taborknotens, zum anderen der Umbau des Posthofknotens. Ich erinnere mich daran, als die Freiheitliche GR-Fraktion eine Vereinbarung mit der SPÖ-Rathaus-Mehrheit getroffen hat, die sinngemäß folgendermaßen gelautet hat: „Die Stadt Steyr tritt in Finanzierungsvorlage um dieses notwendige Verkehrsübel, muss man schon sagen, am Taborknoten zu beseitigen und dann wird man sehen, ob es tatsächlich erforderlich ist, dass man auch den Posthofknoten umbaut.“ Wir haben immer den vorgelagerten Bereich als wichtigeren Bereich angesehen und daran hat sich an und für sich nichts geändert. Nachdem, wie gesagt, bereits seit Jahren darüber diskutiert wird und ich auch die Auffassung verrete, und da werde ich sicherlich nicht falsch liegen, dass man, Herr Bürgermeister, seit Jahren weiß, wem das Grundstück dort gehört, das man jetzt ankaufen möchte. Wie gesagt, hier kann ich keinerlei Dringlichkeit feststellen. Zum anderen, zum Antrag selbst, habe ich bereits unsere Meinung teilweise kund getan. Wir sind daher der Auffassung, dass, wie gesagt, der vorgelagerte Teil vorerst wichtiger ist, dass man sich an dem konzentrieren soll, obwohl ich auch da bereits Stimmen gehört habe und da muss ich mich an den neben mir sitzenden Vizebürgermeister wenden, weil ich ja als Vertretung in diesem Arbeitskreis dieser Tage, was das Verkehrskonzept der Stadt Steyr betrifft, dabei war, und da ist es unter anderem gegangen, dass an und für sich ein Angelpunkt dieses künftigen Verkehrskonzeptes die Errichtung der Westspange ist. Die müsste eigentlich auch schon mehrmals repariert worden sein, solange reden wir schon darüber. Daher habe ich gesagt, ich höre wohl die Worte, allein mir fehlt der Glaube. Da hat der Herr Vizebürgermeister gemeint, na ja, wenn man also die beiden Bauprojekte mit den zu erwartenden Kosten vergleicht, so muss man feststellen, dass die Westumfahrung etwa 140 Millionen Schilling, nach dem alten Geld, kosten wird und der Bereich, von dem ich geredet habe, Taborknoten etwa 100 Millionen Schilling dieser vorgelagerte Bereich. Es war sehr interessant von den Fachkräften zu hören, dass man eigentlich diese beiden Projekte nicht miteinander ausspielen sollte, denn beide sind sehr wichtig. Es freut mich, dass ich dort auch die Meinung der Gemeinderatsfraktion von uns bestätigt erhalten habe. Aber lange Rede, kurzer Sinn, meine Damen und Herren, ich kann zum einen keine Dringlichkeit feststellen, zum anderen werden wir uns aus den genannten Gründen bei dieser Abstimmung der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist der Herr StR Hauser.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, wertest Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich glaube, dass wir uns jetzt nicht wieder verfransen sollten in eine Uralt Diskussion. Denn in Wirklichkeit geht es da nur darum, dass man dieses Grundstück ankauft, wo man immer gewusst hat, dass wir das brauchen werden um dieses Bauwerk vervollständigen zu können. Und wenn der Kollege Eichhübl jetzt da sagt, dass sie immer der Meinung waren, dass es sozusagen genügen würde womöglich den Taborknoten umzubauen, dann lieber Roman möchte ich dir schon sagen, das mag durchaus eure Meinung sein, aber alle Experten sagen uns, dass es nur Sinn macht, wenn beide Bauwerke gemeinsam vollzogen werden. Ich denke mir, natürlich täte ich mir auch persönlich eine billigere Lösung wünschen, wenn wir das nicht brauchen würden, wenn es sonst auch funktionieren würde. Nur jeden, wo es die Expertenmeinungen gibt, leuchtet an und für sich ein,

dass ein Kreisverkehr, wo danach wieder Ampeln sind, wahrscheinlich genauso funktionieren wird wie jede andere Kreuzung, wo alle dann stehen. Das funktioniert halt so nicht, das sagen uns alle Experten und daher muss es kreuzungsfreie Lösungen geben. Damit bei der Posthofstraße eine kreuzungsfreie Lösung in dem Sinn möglich ist, brauchen wir diesen Posthofknoten wo man sozusagen nur nach rechts ein- bzw. auch ausfahren kann. Das sind die Dinge und daher brauchen wir das dort und daher brauchen wir auch dieses Grundstück. Dass wir dieses Grundstück irgendwann einmal brauchen werden hat ein jeder gewusst. Wenn du schon von Dringlichkeit sprichst, die da drinnen erwähnt wird zum Vollzug, weil ein Dringlichkeitsantrag ist es ja keiner, dann geht es darum, dass uns die BIG das angeboten hat und gesagt hat bis zu dem Zeitpunkt müssen wir uns entscheiden ob wir das haben wollen oder ob das so geschehen soll oder nicht, weil sonst bieten sie es anders an. Das ist der einzige Grund, warum es jetzt dazu in diesem Ausmaß kommt. Ich hoffe, nachdem ja der Herr Bürgermeister vorgestern beim LH-Stellvertreter Hiesl war, mit einigen anderen Herren, unter anderem auch der Herr StR Mayrhofer, wo es die Zusage gibt dieses Bauwerk zu bauen, oder diese beiden Bauwerke zu bauen, mit großer Hilfe des Landes OÖ dazu, dann denke ich mir sollte man also vorsichtig sein, wieder irgendetwas zu tun wo man sagt man gefährdet diese Lösung. Eines muss man schon dazu sagen, über die Nordspange fahren derzeit pro Tag ca. 12.000 Autos. Über eine künftige Westspange werden in Zukunft zwischen 10.000 und 15.000 Autos fahren. Um den neuralgischen Knotenpunkt Taborknoten fahren heute schon 35.000 Autos pro Tag. Also, wo die Wichtigkeiten sind, das lasse ich euch über zu beurteilen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

Diskussion zwischen StR Hauser und GR Eichhübl.

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat, sehr geehrte Presse. Ich denke, StR Hauser hat schon sehr Wichtiges gesagt. Ich möchte nur dazu sagen, dass dieser Ankauf dieses Grundstückes einfach der logische zweite Schritt ist. Wir haben ja die erste Wiese, bei uns am Tabor heißt sie die Glinsnerwiese, schon gekauft, weil wir gewusst haben, dass wir dieses Grundstück brauchen und da brauchen wir das zweite Grundstück, um das es heute geht, notwendigerweise dazu. Ich denke einfach, dass wir das hier herinnen wirklich glaube ich einstimmig beschließen müssten, denn wir am Tabor wir warten wirklich dringendst auf eine Lösung. Herr Eichhübl, das stimmt, es fahren über den Blümelhuberberg schon 27.000 Autos und es wird einfach höchste Zeit. Ich habe immer gesagt, spaßhalber, der Taborknoten wird erst gebaut, wenn ich in Pension gehe, damit ich nicht durch den Dreck gehe, wenn ich in die Schule gehe. Das war 2000. Dann habe ich geglaubt es kommt erst meinen Urururenkeln zugute. Jetzt, nach der Aussprache mit dem Landeshauptmann Hiesl, bin ich überzeugt, dass ich das auch noch erlebe. Bitte schön, lasst es doch geschehen und stimmt hier zu.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist der Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube das ist ein Thema, das sollten wir auf gar keinen Fall zu einem Streitfall werden lassen. Es gibt billigere Lösungen dort oben, das ist uns allen klar. Aber keine Lösung die so verträglich für die Bevölkerung ist, sowohl vom Tabor-Nord als auch vom Tabor-Süd. Das war auch der Grund, warum sich dann für diese Lösung alle bereit erklärt haben. Dafür ist es notwendig, dass diese beiden Grundstücke gekauft werden und in Zukunft auch, wir hoffen, dass heuer oder Anfang nächsten Jahres die Entscheidung fällt im Bereich Kasernenareal. D. h., für diese Maßnahme für die Bevölkerung ist dieser Kauf notwendig. Ich glaube der entscheidende Durchbruch ist wirklich gelungen da am Montag, weil a) die Entscheidung gefallen ist, dass beide Projekte gleichzeitig gebaut werden. Das führt wirklich zu einer Entlastung. Weil stellt euch vor, wenn in einem Abstand von zwei, drei Jahren an diesem Knotenpunkt zweimal eine ungefähr einjährige Bauphase stattfindet, das wäre eine Katastrophe. Noch dazu haben alle gesehen, was es bedeutet wenn ein Regenfall kommt, wenn ich also nur den Taborknoten tiefer lege, dann habe ich eine riesen-

große Badewanne da und das Wasser kann nicht abfließen. D. h., der Weg ist der richtige. Wir haben uns auch über die Finanzierung, über den Zeitplan einigen können. Es steht unmittelbar bevor. Ich ersuche wirklich hier, dass alle Fraktionen mitstimmen, damit wir in der Öffentlichkeit hier nicht wirklich den Eindruck wieder erwecken, nicht einmal in so einem Punkt sind wir uns einige.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich möchte für unsere Fraktion auch sagen, dass wir froh sind, dass jetzt dieser erste Schritt gesetzt wird. Ob es tatsächlich so schnell geht, das wage ich noch auszusprechen, weil ich glaube, dass es jetzt unter Umständen diesen Finanzierungsplan von Landesseite her gibt, ob es auf alle Fälle, wenn alle Wünsche die wir haben, in diese Planungen noch einfließen, es zu einer sicheren Verteuerung des Projekts kommen wird. Ich möchte darauf verweisen, dass wir bei den Planungen, die wir gemeinsam immer wieder diskutiert haben, eindeutig auf den abgesenkten Kreisverkehr oder auf den halb abgesenkten Kreisverkehr plädiert haben. Das wird jetzt auch so umgesetzt. Aber die Begleitmaßnahme heißt die Grünbrücke oder der Fußgängerübergang zwischen Tabor-Nord und Tabor-Süd, der sehr, sehr wichtig ist. Ich hoffe, dass es geregelt ist. Ich befürchte nur, dass doch einige Kosten an der Stadt hängen bleiben. Die verkehrspolitische Notwendigkeit ist auf alle Fälle da, das wissen wir, aber das Projekt muss auf alle Fälle dann gestartet werden, wenn es auch zu einer Verwertung des Grundstückes kommt und, das ist glaube ich die zweite entscheidende Frage, was dann tatsächlich mit dem Kasernenareal passiert. Hier hoffe ich auf die Standhaftigkeit der Stadtregierung, dass der Bebauungsplan und der Nutzungsplan, so wie wir ihn diskutiert haben, auch tatsächlich durchgeführt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Vielleicht noch ein paar Worte zu den Kosten. Die Gesamtkosten dieser beiden Projekte belaufen sich auf ca. 7 Millionen Euro. Wir werden vom Land OÖ davon ca. 4,6 bis 4,8 Millionen Euro bekommen. Also das ist ein sehr erheblicher Anteil. Ich bin auch deiner Meinung, dass wir natürlich bei der Feinplanung das eine oder andere nachjustieren werden müssen. Da gibt es überhaupt keine Diskussion. Aber grundsätzlich muss man sagen, dass dieses Projekt, das ja sehr lange auch mit der Bevölkerung in diesem Bereich und sehr, ich sage jetzt einmal, emotionell diskutiert worden ist, dass das nach vielen, vielen Runden und vielen zermürbenden Runden schon vor mehreren Jahren, 2002 ist ja die Diskussion schon gelaufen, es hat ja damals auch schon hohe Wellen geschlagen, nach vielen, vielen Runden ist endlich diese Variante geboren worden, die aus meiner Sicht einen Qualitätssprung für die Bewohner dieses Bereiches bedeuten wird. D. h., wo jetzt die Straße vor der Nase vorbeifährt, bei diesen Häusern in der Nähe von der Porschestraße und der südliche Resthof, der wird auf alle Fälle eine wesentliche Verbesserung durch dieses Bauwerk erleben. Auch wenn die Bauphase selbst nicht gerade eine angenehme Bauphase sein wird, weil ein Jahr wird es eine Behinderung geben. Ich bin froh, dass man diese Variante jetzt gefunden hat und ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Da ist sehr schön. Damit gebe ich den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche die Frau Vizebürgermeisterin um ihre Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um eine Kreditüberschreitung betreffend Sozialhilfe-Barleistungen und Krankenversicherungsbeiträge. Es ist ausführlich im Amtsbericht beschrieben. Wenn man das ein bisschen verfolgt, sieht man eigentlich, dass im Jahr 2001 509 Personen Sozialhilfe bekommen haben und 2005 – hochgerechnet – 1786 Personen. Der Antrag lautet:

2) SH-126/05 Sozialhilfe-Barleistungen; Krankenversicherungsbeiträge für SH-Bezieher.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 12. August 2005 wird für die Auszahlung von Sozialhilfe-Barleistungen auf der VAST. 1/411000/768300 zusätzlich ein Betrag in Höhe von

€ 190.000,-- (Euro einhundertneunzigtausend)

und zur Deckung der Krankenversicherungsbeiträge bei der VAST. 1/419000/754200 zusätzlich ein Betrag in Höhe von

€ 30.000,-- (Euro dreißigtausend)

im Wege einer Kreditüberschreitung genehmigt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es gibt eine Wortmeldung. Frau GR Feller-Höller.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertres Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Vertreter der Presse. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mir persönlich geht es mit Zahlenwerk, mit statistischen Auflistungen und tabellarischen Auflistungen von Zahlen, immer dann, wenn sich dahinter menschliche Schicksale verbergen, sehr schlecht. Ich habe mir daher die Mühe gemacht, diese angeführte Statistik auch grafisch darzustellen. Man sieht hier, glaube ich, sehr deutlich den Anstieg, den die Frau Referentin bereits erwähnt hat, in der offenen Sozialhilfe von 2001 bis zu den prognostizierten Zahlen 2005. Es handelt sich dabei um einen Anstieg von einer mehr als Verdreifachung. Man muss sich das wirklich einmal gut überlegen, was eine Verdreifachung in einem relativ kurzem Zeitraum bedeutet. 1786 Personen werden im heurigen Jahr um Sozialhilfearleistungen ansuchen. Das sind immerhin 4,3 % der Steyrer Bevölkerung, oder man kann auch sagen, jeder 24igste Steyrer. Und wenn man das jetzt etwas überspitzt formuliert, aber rein statistisch sieht, dann wäre mindestens eine Person hier in diesem Raum betroffen. Ich glaube man kann schon sagen, im gesamten Sozialbereich, dass die Armut in Steyr fortschreitet. Es ist noch nicht so dramatisch, dass wir es wirklich tagtäglich spüren und sehen, aber die Menschen die betroffen sind, die spüren es tagtäglich und sehen es tagtäglich. 70 % derer, und das steht auch im Amtsbericht, die offene Sozialhilfe in Anspruch nehmen, sind auch Notstandshilfebezieher. Das bedeutet, dass gerade diese Menschen sehr schwer oder gar nicht mehr in den Arbeitsmarkt integrierbar sind. Ich weiß, es spielen sehr viele Faktoren in dieses Thema hinein. Es ist sicherlich ein globaler Aspekt zu betrachten, aber wir dürfen uns nicht dieser Verantwortung, auch auf kommunaler Ebene, entziehen. Und wenn dieser Trend, für den letztlich auch eine neoliberale Bundesregierung mitverantwortlich ist, weiter anhält, dann werden sich über kurz oder lang die Kommunen diese Sozialleistungen und diese Mehrausgaben im Sozialbereich einmal gar nicht mehr leisten können.

Ich möchte die Gelegenheit auch kurz nützen auf einen anderen Tagesordnungspunkt, den wir heute auf der Gemeinderatstagesordnung haben werden, einzugehen, nämlich ebenso diese Kostenerhöhungen im dramatischen Ausmaß im Bereich vom StR Oppl, wenn es um die sozialpädagogische Betreuung geht oder die Pflegeeltern, oder auch einen GR-Beschluss den wir bereits gefasst haben, Kreditüberschreitungen im Bereich der Heimunterbringungen. Meine Damen und Herren, wir haben im letzten Sozialausschuss vom zuständigen Abteilungsleiter aus dem Jugendreferat gehört, dass es in Steyr Fälle gibt, und das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen, Fälle minderjähriger junger Mädchen die mit 14, 15, 16 Jahren bewusst eine Schwangerschaft in Kauf nehmen um aus desolaten Elternfamilien auszubrechen. Um ein Familiengeld zu kassieren geben sie sich und das Neugeborene in eine sozial unmögliche Situation. Also, wenn wir schon so weit sind, dass Menschen sich gezwungen sehen einen solchen Lebensweg zu beschreiten, dann denke ich müssen bei uns allen, allen Politikern, die Alarmglocken schrillen.

Eine Tagesordnung gibt es heute die mich sehr freut, die mich doch dann wieder optimistisch stimmt,

dass wir auf einen richtigen Weg sind, das ist der übernächste Punkt, nämlich das Soziale Leitbild in Steyr. Ich glaube, das ist die einzige Möglichkeit mit einem Sozialplan und mit der Zusammenarbeit über alle Fraktionen hinweg, über alle Institutionen gemeinsam zusammenzufassen um Steyr auch in Zukunft eine soziale Musterstadt sein zu lassen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich kann meiner Vorrednerin insofern beipflichten, dass auch mich die Steigerung in diesem Bereich, auf die ich noch näher zu sprechen komme, sehr nachdenklich stimmt und mich sehr berührt. Aber erlauben Sie mir, dass ich das aus meiner Sicht beurteile. In Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ja dieser Antrag, der einen eklatanten finanziellen Anstieg bei der Sozialhilfe-Barleistung und der damit in Verbindung stehenden Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Sozialhilfebezieher durchleuchtet oder beleuchtet, ein Hilferuf. Es ist ein Hilferuf in Richtung etwas dagegen zu unternehmen, etwas zu tun, denn es ist festzustellen, dass wir einer immer negativ werdenden gesellschafts-politischen Entwicklung entgegensehen. Denn sind wir uns ganz ehrlich. Was ist denn bis heute, oder auch in den letzten Jahrzehnten, passiert? Man hat zwar, Gott sei Dank, aber man kann auch zu viel tun, das Füllhorn im Sozialbereich immer mehr ausgeweitet und hat das auch nicht nur über jene ausgeschüttet die es bitter notwendig haben und heute auch noch notwendig haben, sondern es haben auch viele daran, ich sage es einmal sehr bewusst so, mitpartizipiert, die an und für sich selbst in der Lage wären für ihren Lebensunterhalt einen Beitrag zu leisten aber das ablehnen. Und da gibt es ganze Familienverbände, nicht nur hier in Steyr sondern österreichweit, die nicht bereit sind, obwohl sie, wie gesagt, in der Lage wären einen Beitrag zur Existenzsicherung ihrer eigenen Familie zu leisten. Und die geben das auch, es wurde bereits erwähnt, an die Kinder weiter und erklären denen sogar wie es möglich ist und wie leicht es geht, dass man mit keinem Einkommen auch gut auskommen kann. Genau das ist ja auch der von meiner Vorrednerin bereits angesprochen Antrag, aber eigentlich sind es ja zwei Anträge die heute der Kollege Oppl einzubringen hat im Bereiche der Versorgung von Pflegefällen. Auch ein eklatanter Anstieg, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber, wie gesagt, auch darüber müsste man sich Gedanken machen, denn man gefährdet in Wahrheit das gesamte Sozialsystem, wenn immer mehr Leute, die an und für sich in der Lage wären selbst etwas zu tun, sich an diesen Tropf hängen, dann werden wir Zeiten erleben, die wir bereits in Deutschland haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dass die finanzielle Grundlage aufgrund der sinkenden Wirtschaftszahlen es so darlegt und man gezwungenermaßen eben nicht mehr in der Lage ist Sozialleistungen in dem Ausmaße zu geben, wie man das früher gemacht hat. Dann kommt man genau in den Bereich, dass Sozialleistungen massiv gekürzt werden und die dann vor allem wieder jene treffen, die es bitter notwendig haben. So ist es leider.

Aber ich muss schon einen Aspekt auch ansprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das hat mich eigentlich erstaunt obwohl ich es gewusst habe, wahrscheinlich viele von Ihnen auch, nur wollten Sie es nicht zugeben, dass in der Begründung dieses exorbitanten Anstieges nicht nur angeführt ist, dass es Sozialhilfebezieher gibt, für die es schwieriger wird einen Arbeitsplatz zu finden. Das stimmt zum größten Teil. Das stimmt nicht immer, aber es stimmt zum größten Teil. Aber, jetzt komme ich zu dem Punkt was mich erstaunt, dass hier deutlich festgeschrieben ist, immer mehr anerkannte Flüchtlinge die in Steyr ihren Wohnsitz haben und diese teilweise sehr kinderreich sind. Na, jetzt stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, das stünde jetzt nicht in diesem Amtsbericht und es hätte einer von uns Freiheitlichen, ob das ich bin oder meine Kollegen, das angeführt, was Sie dann mit uns aufgeführt hätten. Da wäre ja das Mindeste, dass man ausländerfeindlich dargestellt worden wäre, wie sich ja das in verschiedenen Bereichen in letzter Zeit auch dargestellt hat. Der Herr Bürgermeister lächelt schon, weil er ganz genau weiß, auf was ich hinausziele. Man hätte uns auch sozialfeindlich hingestellt. Na selbstverständlich hätte man das gemacht. Jetzt, meine Damen und Herren, ist es so, dass es amtlicherweise festgestellt werden musste. Der Herr Bürgermeister, darum hat er ja gelächelt, hat an und für sich gute Anzeichen gesetzt, indem er sich damals schützend vor die Bevölkerung hingestellt hat, als es darum gegangen ist ein Asylantenheim in der Kaserne unterzubringen. Er hat im Interesse der Bevölkerung dort so gehandelt und hat sogar einen Volksaufstand angekündigt. Aber erstaunlicherweise hat er dann, nachdem er offensichtlich von seinen Parteifreunden in der hohen Landespolitik zurückgepiffen wurde, die Bevölkerung im Münchenholz im Stich gelassen. Die Bevölkerung vom Münchenholz muss jetzt zur Kenntnis nehmen, dass mit allen Nachteilen aus dem damaligen Hotelrestaurant ein Asylantenheim geworden ist und,

meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich von den negativen Auswirkungen spreche, gehe ich gar nicht ins Detail, denn Sie alle wissen, was sich dort inzwischen abgespielt hat und es auch schon einige Polizeieinsätze diesbezüglich notwendig waren. Ich erzähle Ihnen ja nichts Neues, meine Damen und Herren, da sind ja mehrere Vertreter des Gemeinderates im Münichholz wohnhaft. Die werden mir doch bestätigen müssen, dass sie sich einiges anhören mussten. Da waren nicht sehr freundliche Worte dabei mit der Genehmigung dieses Heimes dort unten. Aber sei's wie's sei, Tatsache ist, dass unsere Befürchtungen in die Richtung, dass es immer mehr Kosten verursachen wird, dass über kurz oder lang das nicht mehr finanzierbar sein wird, zu Recht bestanden haben. Wir werden aber, meine Damen und Herren, auch diesem Antrag die Zustimmung geben, weil wir auch ein Zeichen setzen wollen, dass wir selbstverständlich auch der Meinung sind, dass wir alle miteinander eine Verpflichtung haben jenen zu helfen, denen es schlecht geht und dass wir auch eine Verpflichtung haben den älteren Mitbürgern gegenüber. Das haben wir immer bewiesen und werden wir auch in Zukunft tun. Ich danke Ihnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
StR Oppl bitte.

STADTRAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Ich denke mir, meine Wortmeldung kann ich auch jetzt gleich mit einschließen zu meinem Bericht der dann am Ende der Tagesordnung unserer heutigen GR-Sitzung steht. Ich glaube genau diese zwei Anträge, die zwei von mir und der eine von der Frau Vizebürgermeisterin Mach, sind so eng verknüpft, dass es passt, dass man gleich jetzt die Debatte in einem durchführt. Ich möchte nur ganz kurz auf die Ausführungen vom Kollegen Eichhübl eingehen. Ich bin nicht ihrer Meinung, dass man die Frage der Asylwerber vermischt jetzt mit der Frage der Sozialhilfe und auch in weiterer Folge, weil auch hier im Amtsbericht, auch im Amtsbericht der Jugendwohlfahrt, bei den Heimkosten ist ebenfalls eine Begründung enthalten, dass es natürlich selbstverständlich auch merkbar und spürbar ist, dass es aufgrund des Zuzugs von ausländischen Mitbürgern ebenfalls zu höheren Aufwendungen kommt. Nur sie sind nicht überproportional. Ich glaube, wir dürfen sicherlich jetzt nicht diese dramatische Entwicklung, sei es jetzt in der Sozialhilfe sowie auch in der Jugendwohlfahrt, zum Anlass nehmen, jetzt da eine Asylwerberdebatte durchzuführen. Ich denke mir es ist wirklich eine dramatische Situation, wobei ich überzeugt bin, dass das in erster Linie eine wirtschaftspolitische und dann erst eine sozialpolitische Frage ist. Einfach zu sagen, Herr Kollege Eichhübl, die Leute die jetzt Sozialhilfe beziehen die sind eigentlich zum Großteil, zumindest habe ich es so aufgefasst, arbeitsunwillig, dann muss ich Ihnen wirklich dagegen widersprechen. Die Situation stellt sich vielmehr so dar, dass die Leute einfach das Problem haben, dass am Arbeitsmarkt zu wenig Arbeitsplätze vorhanden sind. Wenn man sich die ganzen Berichte anschaut, und ich habe das auch sehr emotionell im Sozialausschuss diskutiert, dann ist es tatsächlich so, dass man fast Woche für Woche lesen kann, welche übermäßigen großen Gewinne die einzelnen Konzerne hier Jahr für Jahr machen, zum Teil bis zu 100 % und mehr Gewinne als im Vorjahresvergleich, gleichzeitig werden Arbeitsplätze wegrationalisiert und dann liest man wieder, große Jugendmeldung vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger, dass die Krankenstände zurückgegangen sind. Glaubt denn Ihr wirklich, dass die Leute weniger krank sind als früher? Sie trauen sich einfach nicht mehr in den Krankenstand zu gehen, weil sie einfach Angst um ihre Arbeitsplätze haben. Ich kenne einige Fälle, wo jemand einen Unfall gehabt hat, drei Tage zu Hause geblieben ist, und nur weil er sich erlaubt hat, dass er zu seinem Chef gesagt hat ich kann das nicht mehr, ich brauche einen Zweiten dazu, als er nach drei Tagen als Kranker wieder in die Firma gekommen ist, hat er das Zettel auf dem Brett hängen gehabt, dass er sich seine Papiere holen kann. So schaut die Realität aus. Wenn die Leute keine Arbeit haben, dann haben sie auch kein Einkommen. Wenn eine Familie kein Einkommen hat, dann fängt sich das Rad des sozialen Abstieges zu drehen an. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Je mehr die Familien dann in finanziellen Notlagen sind, desto mehr besteht die Gefahr, dass es dann eben zu Konflikten kommt, bis hin zum Alkoholismus, bis zu Gewalttätigkeiten ect. und dann kann man den Kreis wieder schließen, wo ich jetzt dann bei der Jugendwohlfahrt bin, dass dann die Jugendlichen auch so aufwachsen und von Haus aus auch nichts anderes sehen. Zu glauben, dass die Jugendlichen, wenn sie aus der Schule heraus kommen, sofort ins Leben starten können weil sie einen Job bekommen, diese Zeiten sind auch vorbei. Das muss man ja auch ganz offen und ehrlich sagen. Früher war es halt so, und die Jugendlichen sind ja nicht dümmer als früher. Nur früher war es halt so, wenn jemand aus der Schule kommt und hat nicht so ein gutes Zeugnis gehabt, dann hat er halt die Chance gehabt, als Hilfsarbeiter in einen Großbetrieb zu gehen, sei es jetzt, wie es früher bei uns im Werk war, sei es wie es in der Voest oder in der Chemie war, dann ist er dort angelernt

worden und hat im Akkord gearbeitet und hat dann schlussendlich wiederum für seine Familie das Einkommen gehabt. Die Chance hat er heute gar nicht mehr und die wenigen Arbeitsplätze die es gibt, die sind von Haus aus besetzt mit jenen Jugendlichen die ein besseres Zeugnis haben. Das ist überhaupt keine Frage. Ich habe vorige Woche die Möglichkeit gehabt mit dem Ausbildungsleiter von der Firma Rosenbauer zu sprechen. Die ist eine der wenigen Firmen die bis dato nach wie vor 60 Lehrlinge in Summe ausbilden. Sie nehmen jedes Jahr so um die 15 bis 20 Lehrlinge auf. Bewerbungen dafür gibt es über 300. Jetzt könnt ihr euch vorstellen was dann ein Jugendlicher für eine Chance hat wenn er ein schlechtes Zeugnis hat. Daher denke ich mir muss sich gravierend unsere Wirtschaftspolitik ändern, dass wir schauen, dass auch die Leute, die nicht so eine hohe Bildung haben, trotzdem eine Arbeit haben. Wenn die Leute Arbeit haben, dann werden wir auch wiederum mit unseren sozialen Fällen, sei es jetzt in der Fürsorge, sei es in der Jugendwohlfahrt, sicherlich wieder runter kommen. Das ist der große Appell. Wir wissen, dass wir in der Kommune, in der Kommunalpolitik sehr wenig Möglichkeiten haben, da können wir noch so viele Präventionsaktivitäten an den Tag legen, da ist die große Politik gefragt und das ist mein großer Appell. Ich appelliere wirklich an alle, dass Sie diesem Antrag nicht nur die Zustimmung geben, sondern dass Sie auch diese Problematik in Ihre Fraktionen weitertransportieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich denke, dass die Angelegenheit einfach zu ernst ist um aus ihr eine Ideologiedebatte zu machen. Weder der Hinweis auf Flüchtlinge, Asylwerber, oder wie es die FPÖ nennt, Asylanten oder der Hinweis auf Menschen, die vielleicht eine Arbeit nicht annehmen, hilft uns bei der Lösung dieses Problems, weil es mag den einen oder anderen Fall geben, aber da sind wir im Promille- und Peanutsbereich. Was wir hier sehen, sowohl in der Jugendwohlfahrt als auch in der Sozialhilfe, das ist ein Trend. Und dieser Trend ist über Jahre spürbar, einsehbar und er ist nicht nur in Steyr so, er ist österreichweit erkennbar, man kann auch von einer globalen Dimension sprechen. Jetzt zu sagen, wir als Gemeinde können nichts machen, das ist eine bundespolitische Angelegenheit oder eine globale Angelegenheit, das ist meines Erachtens zu wenig. Es gibt Möglichkeiten die man in Angriff nehmen kann und es gibt Möglichkeiten, die wir bereits gesetzt haben um dieses Problem zu bekämpfen und um bei diesem Problem Herr zu werden. Es ist der Arbeitsmarkt angesprochen worden. Es ist eine arbeitsmarktpolitische Frage, keine Frage. Jeder der sich mit Arbeitsmarktzahlen beschäftigt und auch hier den Trend sieht, merkt, dass die Arbeitslosenzahlen steigen und das ist spürbar. Es ist auf alle Fälle auch eine gesellschaftspolitische Frage, und da komme ich eigentlich zum Kern meiner Aussage, es ist eine bildungspolitische Frage. Der StR Walter Oppl hat es ja angesprochen, diese Probleme beginnen ja bereits bei Kindern, beginnen in den Familien und ich denke mir genau dort gibt es aber auch die Möglichkeit und das sind die Bereiche wo wir als Gemeinden eingreifen können. Hat es früher ein soziales Auffangnetz gegeben, fallen diese Netze immer mehr weg. Auch bei den Jobs ist es so, auch die Anforderungen in den Unternehmen steigen und viele können da nicht mehr mit. Der Kollege Hauser und ich sind in einem Sozialverein tätig, wo Erwachsenen- aber auch Jugendarbeitslosigkeit bekämpft wird. Auch hier können wir über Jahre einen Trend spüren und dieser Trend ist eindeutig dahingehend, dass es sehr, sehr viele Menschen gibt, die man einfach in den ersten Arbeitsmarkt nicht mehr integrieren kann. D. h., es ist eine Tatsache, dass es Menschen gibt, die nicht integrierbar sind, nicht in den ersten, auch nicht in den zweiten Arbeitsmarkt und darum denke ich mir werden wir in den nächsten Monaten und Jahren auf alle Fälle diskutieren müssen, ob es nicht einen geschützten dritten Arbeitsmarkt gibt, weil wir können uns schon damit abfinden, dass die Kosten in der Sozialhilfe oder in der Jugendwohlfahrt steigen und dass wir Menschen, Jugendliche zu Hause sitzen lassen und sie nicht beschäftigen. Ich denke mir, da beginnt der Kreislauf, da beginnen dann die Probleme. Darum wird aktive Arbeitsmarktpolitik in den kommenden Jahren sehr wichtig sein.

Das 2. ist, Bildungspolitik, Familienpolitik und Jugendpolitik, hier gibt es erste Ansätze in Steyr, dass wir so etwas machen, dass wir da etwas probieren. Aber es ist noch zu wenig und es ist speziell in den Stadtteilen zu wenig. Es gibt einige Projekte, es gibt einige Initiativen, aber wir haben auf alle Fälle in den großen Stadtteilen wie Resthof, Münichholz, Ennsleite die Problematik, dass es zu wenig Raum, zu wenig Möglichkeiten und auch zu wenig Angebote gibt. Aus diesem Grunde auch mein Plädoyer und auch der Vorgriff auf einen späteren Tagesordnungspunkt, dass wir aus dem Sozialplan, wo wir erste Leitlinien erarbeitet haben, wo es ein Leitbild gibt, dass wir aufbauend auf diesen Sozialplan, wo diese Probleme, die wir jetzt alle angesprochen haben, ja auch benannt

worden sind, dass diese Probleme angegangen werden, dass Maßnahmen entwickelt werden, dass diese Maßnahmen auch budgetiert und umgesetzt werden, denn es darf nicht passieren, dass dieses soziale Leitbild schubladisiert wird und wir in Sonntagsreden von der sozialen Musterstadt Steyr sprechen. Wir haben die Probleme, wir müssen uns mit diesen Problemen konfrontieren und es bringt überhaupt nichts, jetzt eine Ausländerdebatte oder eine andere Debatte zu führen, das geht am Problem eindeutig vorbei.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich glaube, wir sollten es uns nicht so einfach machen, wie die Frau Kollegin Feller-Höller gemeint hat, na ja, wenn man vor Ort nicht mit den Problemen zusammenkommt, dann ist halt die böse Bundesregierung Schuld daran. Es ist ja kein Problem, dann können wir über die Bundesregierung diskutieren, es sitzt dort ohnedies kein Freiheitlicher mehr. Wir können auch durchaus dort Kritik üben. Über die Globalisierung ist Schuld. Ich glaube, dass die Dinge nicht so einfach sind. Der Kollege Kupfer mag zwar oft oder meistens anderer Meinung sein, aber in einem gebe ich ihm durchaus Recht. Das Unheil ist sicher dort, wenn die jungen Menschen in unserem Land keine Arbeit mehr finden, schlechte Arbeit finden, teilweise auch eine schlechte Ausbildung haben. Wir haben ja heute Vormittag bei uns im Werk schon darüber diskutiert, es steht ja auch in den Zeitungen, wir haben ein Werk in der Slowakei. Auch dorthin werden wir Arbeitsplätze verlieren. Zuerst ein paar Arbeitsplätze und dann wahrscheinlich ein paar 100 Arbeitsplätze. Das ist eine Entwicklung die uns natürlich nicht nur als Arbeitnehmerschaft zu denken geben sollte und auch zu denken gibt und die auch eine bedenkliche Entwicklung ist, sondern, und das ist vielleicht das Einzige wo wir auch von der Stadt her den Hebel ansetzen können, neben dem Thema der Ausbildung, wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit wir auch in Zukunft weitere Betriebsansiedlungen haben. Wir haben das, wenn ich das auch gebetsbühnenartig jetzt vielleicht für euch wiederhole, aber letzten Endes bleibt uns wahrscheinlich gar nichts anderes übrig, als dass wir immer wieder darauf drängen den Standort Steyr so attraktiv wie möglich zu machen, um hier wieder Arbeitsplätze zu bekommen. Der Herr Bürgermeister hat ja heute zu Beginn der Sitzung die dramatische Entwicklung am Arbeitsmarkt geschildert. Man muss auch dazu sagen, das hat er vergessen, wir haben die höchste Arbeitslosenrate wieder einmal in Steyr und wir werden sie wahrscheinlich, so traurig es ist, noch eine Zeit haben, weil ja die Auswirkung der Verlagerung der Arbeitsplätze von ZF nach Deutschland noch gar nicht abgeschlossen ist, weil ja da Leute noch im Dienstverhältnis sind die dann ausscheiden, die noch im Urlaub sind und, und, und. Das wird ja noch steigen. Darüber gilt es sich Gedanken zu machen, jetzt schon. Wir haben z. B. auch die Situation, dass dieser Betrieb gar keine Lehrlinge mehr ausbildet. Unsere Lehrwerkstätte kommt dadurch immer wieder unter Druck, weil ZF auch immer einen gewissen Beitrag geleistet hat, aber die fehlen uns heuer schon das erste Mal. Das ist auch eine ganz schlechte Entwicklung um jungen Menschen eine Ausbildungsmöglichkeit zu schaffen. Hier muss der Hebel angesetzt werden, dann werden auch diese Kosten in Zukunft vielleicht wieder geringer ausfallen und daran müssen wir in erster Linie in Steyr arbeiten. Weil dass hier noch Handlungsbedarf ist, das wissen wir. Ich will ja nicht eine Straßendebatte anfangen, aber es gibt hier einiges zu tun, wo wir über das Land, über den Bund noch Dinge in Bewegung setzen können. Und, dass die Kosten der Flüchtlingsbetreuung natürlich exorbitant hoch sind, bitte, der Bund hat im Budget 150 Millionen Euro, Tendenz steigend, zur Flüchtlingsbetreuung in Österreich drinnen. Also, dass das auch ein Faktum ist, das wissen wir alle. Auch hier werden ja, seitens des Bundes, Maßnahmen überlegt und wie man die in den Griff bekommt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, es sind sehr viele unangenehme Dinge, die auf uns zukommen, die wir jetzt schon sehen und die in Zukunft auf uns zukommen werden. Aber eines möchte ich schon relativieren. Die Frau Kollegin Feller-Höller hat uns hier sehr bildlich den Anstieg gezeigt. Dieser Anstieg wäre nicht so dramatisch gewesen, hätten wir vor Jahren schon den Sozialhilferichtsatz ausbezahlt. Ich erinnere Sie an den Rechnungshofbericht den wir vor Jahren hier

in Steyr gehabt haben diesbezüglich, wo wir unter den Statutarstädten diese Einmalbezüge am restriktivsten gehandhabt haben gegenüber allen anderen Statutarstädten, dass es nämlich dem Antragsteller oder der Antragstellerin zustehen würde den gesetzlichen Sozialhilferichtsatz zu bekommen, er aber bei uns das nicht in jedem Fall bekommen hat, sondern nur die Einmalhilfe. Das hat zwar sozialpolitisch überhaupt nichts gebracht, das möchte ich auch hier einmal deponieren, außer, dass es unserem Budget etwas besser gegangen ist. Das hat der Rechnungshof abgestellt. Wir haben darauf reagieren müssen. Darum haben wir jetzt diese Steigerungen im Laufe der Jahre, obwohl schon viel früher diese Steigerung hier eingesetzt hätte. Und darin unterscheiden wir uns überhaupt nicht von allen anderen Statutarstädten, nur bei uns ist dieser Prozess, warum auch immer, relativ spät gekommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, ich glaube es ist schon sehr viel gesagt worden. Eines möchte ich natürlich auch sagen, wenn man an die Vereine denkt, wie der Kollege Kupfer gesagt hat, dann ist schon die Bundesregierung gefordert, weil die haben eigentlich sehr vielen den Arbeitsplatz wieder genommen, die in den Vereinen integriert waren. Weil wenn ich denke wir haben im Münichholz eine Einrichtung gehabt, wo Jugendliche gerade beim Internet und beim Computer arbeiten konnten, und im Grunde genommen war das ein Jahr eingerichtet und dann wurde das wieder aufgelöst, weil es nicht mehr gefördert wurde vonseiten des Bundes. Ich muss sagen, diese Einrichtungen wären gerade für Jugendliche sehr, sehr notwendig. Was mir beim Kollegen Eichhübl nicht gefallen hat ist eigentlich das, dass es jetzt um die Sozialhilfe geht und ich bringe Maradonna ins Spiel.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, aber das ist etwas anderes. Da ist ein bisschen ein Unterschied drinnen was sie gesagt haben.

Eines dürfen wir auch nicht vergessen, warum steigt das immer mehr an? Die Frauen werden teilweise nur mehr geringfügig beschäftigt, gerade in Großkaufhäusern, auf ein paar Stunden. Dann werden sie wieder entlassen, dann kommen sie wieder in die Notstandshilfe. Das ist eigentlich auch ein Punkt wo man sagt, der nimmt immer mehr zu. Manche nehmen ein, zwei Beschäftigungen an und verdienen trotzdem nicht das und fallen in den Satz rein, dass sie noch von uns einen Anspruch haben. Bitte, es gibt genügend, gerade bei den Frauen, die Alleinerzieherinnen sind, die wirklich an der Armutsgrenze sind. Es gibt ein paar Prozente, wenn man schon so sagt, ja, die hätten die Möglichkeit. Aber die meisten dieser Menschen haben keine Möglichkeit. Und die meisten Menschen mögen arbeiten und bekommen aber keine Arbeit. Das ist ein Punkt wo ich sage da sind wir verpflichtet, dass man denen hilft.

Ich muss aber auch sagen, wir haben vom Rechnungshof, wir haben immer nach dem Gesetz ausbezahlt. Sonst wäre die Kurve nicht so gestiegen, sondern etwas anderes, weil der Rechnungshof ist schon Jahre da gewesen. Das muss man auch bedenken. Also, das ist ein anderer Grund als wie der reine Rechnungshofbericht. Die Beamten halten sich schon an die gesetzlichen Vorschriften. Ich bin mir auch sicher, dass das noch nicht das Ende ist, dass noch einmal eine Erhöhung kommt, wenn wir nicht schauen, dass wir mehr Arbeitsplätze schaffen, dass wir die Jugend unterbringen und den Frauen eine Beschäftigung gibt die nicht immer geringfügig ist, sondern dass sie gleichgestellt werden mit den Männern. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Punkt geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr. Es soll an Herrn Peter Angerbauer, Frau Karin Bauer, Herrn Alfred Bauer und Herrn Karl Holub die Rettungsverdienstmedaille in Bronze für 15-jährige Mitarbeit verliehen werden und die Rettungsverdienstmedaille in Silber für 20-jährige Mitarbeit soll an Dr. Gernot Dopplinger, Herrn Walter Garstenauer, Herrn Wolfgang Köhler, Herrn Friedrich Putz, Herrn Karl Sturmberger und Herrn Peter Weinmayr verliehen werden. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

3) K-57/05 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 21. Juli 2005 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an nachstehende Personen aufgrund ihrer langjährigen verdienstvollen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in Bronze – für 15-jährige Mitarbeit:

Peter Angerbauer
Karin Bauer
Alfred Bauer
Karl Holub

Rettungsverdienstmedaille in Silber – für 15-jährige Mitarbeit:

Dr. Gernot Dopplinger
Walter Garstenauer
Wolfgang Köhler
Friedrich Putz
Karl Sturmberger
Peter Weinmayr

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Auch nicht. Stimmenthaltungen? Keine. Danke, einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Punkt, es ist bereits schon im ersten Punkt eingeflossen, betrifft das Soziale Leitbild für die Stadt Steyr. Ich glaube ich kann schon dazu sagen, dass wir es nicht schubladieren, wie der Kollege Kupfer uns aufmerksam gemacht hat, wir haben es bereits im Sozialausschuss durchgenommen. Den Werdegang haben wir wirklich festgelegt und es soll so sein, dass wir die einzelnen Module im Sozialausschuss behandeln, dass uns die vorgetragen werden, dass wir eine Prioritätenlistenstellung vornehmen und nach Möglichkeit der Finanzierung dann weiterleiten in den Stadtsenat und Gemeinderat. Ich glaube es ist wichtig, dass uns, wenn es um die zukünftige Sozialpolitik für die Stadt Steyr geht, das Leitbild begleiten soll und dass wir das immer zur Hand nehmen wenn wir neue Ideen umsetzen wollen, weil zu dem ist dieses Leitbild da. Ich ersuche den Gemeinderat auch diesem Tagesordnungspunkt die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur kurz die Gelegenheit nutzen meine Freude darüber auszudrücken, dass sich die Stadt Steyr politisch offiziell dazu bekennt dieses Leitbild anzuerkennen, dass die Chance genutzt wird auf fachliches Wissen zurückzugreifen. Was mich manchmal noch irritiert, im Zuge dieser Leitbildentstehung habe ich immer wieder wahrgenommen, dass Kolleginnen und Kollegen, auch aus den sozialdemokratischen Reihen, bei dem Thema Soziales Leitbild vor allen Dingen immer wieder so ein bisschen das Stirnrunzeln bekommen. Da ist so ein Flair von, das kostet und man weiß ja nicht, das ist auch so eine negative Behaftung. Ich denke, wir können wirklich stolz darauf sein. Ich denke, es ist eine Investition, es wird sehr gerne auch nur als Ausgabe gesehen, in die Menschen die uns gewählt haben. Ich denke mir es ist eine sehr schwierige, aber eine zu bewältigende Aufgabe. Dafür sind wir hier, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt ein soziales Leben zu gewährleisten, das sie sich verdienen, für das sie viel gearbeitet haben. Ich denke mir, es wird eine Möglichkeit der Finanzierung geben, ich denke mir, dieser Ausdruck nach finanziellen Möglichkeiten, ich denke mir die Prioritäten wofür Geld ausgegeben wird, diese Prioritäten werden hier gesetzt, hier wird darüber diskutiert. Es liegt sehr wohl in unserer Hand etwas zu tun in diesem Bereich. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat. Ich denke, wir haben mit dem Sozialen Leitbild wirklich eine Grundlage für die Sozialarbeit bekommen. Wichtig ist einfach der Satz, der als Leitbild genannt worden ist: Steyr – Soziale Zukunft aktiv gestalten. Bitte wir müssen uns einfach im Klaren sein, dass dieses Leitbild eine Grundlage ist und dass dieses Leitbild eine Aufgabe für die Zukunft ist. Mir kommen drei Begriffe ganz wichtig vor, wenn wir diese soziale Zukunft wirklich gestalten wollen und gestalten müssen – wir müssen sie gestalten. Diese drei Wörter wären für mich: Überpolitisch, menschlich, verantwortlich. Dann schaffen wir es miteinander und das glaube ich müssen wir wirklich ernst nehmen und dort müssen wir miteinander gehen für unsere Bürger.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich wollte mich eigentlich nicht dazu melden, aber es war schon eine kleine Aufforderung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mittlerweile bin ich auch einige Jahre in diesem Haus und in dieser Funktion und habe doch immer wieder über diese vielen Jahre feststellen können, wenn wir über soziales Engagement, über soziale Einrichtungen, so wie man so modern sagt, im Benchmarking hier uns verglichen haben mit anderen Städten, dann haben wir schon feststellen können, dass Steyr in vielen Bereichen mit anderen mindestens Schritt halten konnten, wenn nicht immer einen Schritt voraus gewesen ist. Das ist kein Zufall gewesen. Eines möchte ich schon für uns auch in Anspruch nehmen, weil die Kollegin Fanta gesagt hat, dass da vielleicht die eine oder andere aus der sozialdemokratischen Reihe die Stirn gerunzelt hat. Das mag damit zusammenhängen weil wir vielleicht stark nachdenken. Das ist auch ein Ausdruck von Denken, wenn man die Stirn runzelt. Das ist nachweisbar.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Wissenschaftlich erwiesen!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Herr Doktor?

GEMEINDERAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Stimmt!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Jetzt ist es auch vom Experten untermauert.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, eines möchte ich schon für uns in Anspruch nehmen. Frau Kollegin Fanta, eines möchte ich schon für uns als sozialdemokratische Fraktion in Anspruch nehmen, dass wir über diese vielen Jahrzehnte schon im hohen Ausmaß mitbeteiligt gewesen sind an der Entwicklung als soziale Stadt. Nicht nur, sondern es hat der Gemeinderat über weite Bereiche einstimmige Beschlüsse gefasst, aber wir waren ja nicht immer die kleinste Fraktion in diesem Hause, das ist ja auch nicht unbekannt, und dadurch lasse ich an dem Punkt nicht einmal ein bisschen kratzen, ob wir da die Stirn runzeln bei diesen einen oder anderen Vorschlägen. Dass wir natürlich als Mehrheitsfraktion auch eine wirtschaftliche und finanzielle Verantwortung tragen ist auch ein Faktum und dem können wir uns auch nicht entziehen. Auch in unseren Kreisen sind öfter Wünsche vorhanden, werden Wünsche diskutiert, wo uns einfach dann die finanziellen Möglichkeiten einschränken, wo die Grenzen gezeigt sind. Diese Verantwortung haben wir auch zu tragen. Das ist auch ab und zu wo man denkt man möchte dies oder jenes und mit Stirnrunzeln kommt man dann drauf, dass es doch nicht geht, weil das Geld nicht vorhanden ist. Ich kann mich an vergangene Budgetdebatten erinnern, wo uns da herinnen zum Vorwurf gemacht wurde, dass wir nicht anständig gewirtschaftet haben. Wie wir heute ja gehört haben, und so war es auch in der Vergangenheit, ist halt ein großer Teil unserer Ausgaben, und er steigt halt dramatisch, im sozialen Bereich. Wir werden

uns auch nicht alles wünschen können was wir möchten. Diese Verantwortung werden wir auch zu tragen haben.

Wenn ich jetzt schon da bin, ich möchte nur eine Kleinigkeit noch dazu sagen. Es wurde zwar schon sehr viel gesagt, aber ich glaube, dass ... – nein, das ist schon der nächste Punkt – die Entwicklung unserer Gesellschaft, was natürlich auch wesentliche Hintergründe sind und da sollte man auch nicht die Augen verschließen. Aber da haben wir dann noch einmal die Möglichkeit beim Bericht vom Kollegen Oppl.

Ich möchte hier nur dazu gesagt haben, dass die Sozialdemokraten für sich schon in Anspruch nehmen, soziales Verständnis und soziale Aufgaben wahrzunehmen und nicht einmal ein bisschen lassen wir an dem kratzen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Frau GR Fanta.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Nur ganz kurz, ich möchte berichtigen. Ich wollte niemandem zu Nahe treten, ich habe niemandem eine Inkompetenz oder Verantwortungslosigkeit unterstellt. Ich denke mir, dass die Sozialdemokraten sehr viel dazu beigetragen haben, wenn nicht sogar maßgeblich. Das ist in die falsche Kehle gekommen. Mir war es wichtig auch zu sagen, und ich denke mir, als politische Mandatarin und Mandatäre die wir hier sitzen die Dinge nach Außen tragen, dass es mich freuen würde, wenn dieses soziale Leitbild wirklich mit Stolz getragen wird. Dass das etwas ist mit dem wir uns schmücken können, auf das wir stolz sein können, dass es eine super und positive Sache ist. Mehr wollte ich damit nicht sagen, auch nicht weniger.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ohne Stirnrunzeln!

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:
Ohne oder mit, jeder wie er will.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Fanta, es freut mich, dass Sie sich jetzt entschuldigt haben. Ich hätte eigentlich sagen wollen, ich hätte mich gerne auf die grüne Insel gesetzt und hätte eigentlich dann die Worte vom Kollegen Lengauer verwendet, gerade beim sozialen Leitbild, Überparteilichkeit, Menschlichkeit und Verantwortlichkeit. Und unter Verantwortlichkeit sehe ich natürlich auch das Budget, dass man auch für das Geld verantwortlich ist. Ich möchte auch gerne auf einmal viel mehr umsetzen, aber wie eben der Kollege Bremm gesagt hat, wir haben auch die Verantwortung mit dem Steuergeld so umzugehen, dass wir es immer verantworten können. Ich glaube wir können wirklich stolz sein auf das soziale Leitbild, wir haben es ja in Auftrag gegeben. Es ist auch niemand hier herinnen der einmal gesagt hätte er wäre nicht stolz darauf. Wir haben auch unseren Weg festgelegt, wie es weitergehen soll. Ich glaube das ist auch wichtig, das haben wir im Sozialausschuss durchgenommen. Wir werden auch noch einen Sozialausschuss einschieben, haben wir gesagt, und dann werden wir die Prioritätenliste erstellen. Ich nehme an mehr kann man vorübergehend nicht machen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Das ist ja sensationell. Letzter Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meinen letzten Punkt haben wir im Gemeinderat schon einmal behandelt, dann ist er wieder zurückgewiesen worden. Ich möchte dazu nur eines sagen, es betrifft das Alten- und Pflegeheim Münchenholz und es ist ja nicht ein Hauptgeschäft, sondern es ist eine Nebengeschäftstätigkeit, also die Vermietung von den Räumlichkeiten bzw. Getränkebeistellung. Es ist alles wieder einzeln angeführt. Eines habe ich gemacht. Ich möchte jetzt sagen wir haben das so kalkuliert, weil gehen wir von einem Seminar aus an dem 15 Personen teilnehmen, welche die gesamte Verköstigung in

Anspruch nehmen, ergibt sich ein Gewinn von 67 Euro. Bei einer Frequenz von sechs Seminaren pro Jahr sind das 402 Euro nur für die Verköstigung, ohne Saal- und Medienmiete. Man muss das so sehen, dieses Geld das wir da einnehmen kommt den alten Menschen zugute. Da wird dann ein Konzert oder eine Feierlichkeit veranstaltet. Ich kann auch sagen bei einem Glas Sekt, weil das ja auch bekrittelt worden ist, ob das kalkuliert worden ist, verdienen wir trotzdem 50 Cent. Ich glaube, dass das schon richtig ist wie es läuft. Es ist ja kein Seminarhotel. Eines möchte ich auch in diesem Kreis sagen, wir haben Regenerierwagen, da steht das Essen oben, wie wir das Essen auf Rädern zustellen, und wer dort am Seminar teilnimmt, muss sich sein Essen selbst herunternehmen, zum Tisch stellen und zum Essen setzen. Also, es ist nicht ein Seminarhotel das jemand kommt und serviert und aufischt, sondern er muss sich selbst seine Sache nehmen. Es wird keine eigene Kraft eingestellt, sondern es ist eine Kraft vorhanden, die im Kaffeehaus bedient, die macht das mit. Also, man sollte das nicht mit einem Betrieb vergleichen, sondern das ist eine Nebentätigkeit die wir manchen Vereinen anbieten. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

5) GHJ2-19/05 Vermietung von Räumlichkeiten im APM für Seminare und Veranstaltungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Alten- und Pflegeheimes Münichholz vom 26. 07. 2005 werden die Tarife für Seminare und Veranstaltungen, wie in der Beilage, mit Wirksamkeit 1. 10. 2005 wie folgt festgesetzt: (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, eigentlich wollte ich mich nicht zu Wort melden, aber das ist fast ein Reiz. Wenn mir jemand erklärt, dass ein Glas Sekt, was angeboten wird um einen Euro, kalkuliert ist und dann noch sagt und dabei verdienen wir 50 Cent ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Richtig Herr Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

... dann muss ich sagen, dann hat man mit Sicherheit nicht kalkuliert, weil das vollkommen ...

STADTRAT WALTER OPPL:

Das hat die Frau Vizebürgermeisterin nicht gesagt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Genau das hat sie gesagt, wortwörtlich. Wenn man da bitte schön, und das nehme ich ja doch an, dass wie in allen anderen Bereichen des Magistrates auch hier eine Vollkostenrechnung stattfindet, dann kann das bitte nicht funktionieren. Zwischen Rohaufschlag und verdienen, bitte Frau Bürgermeister, ist auch ein kleiner, aber sehr feiner Unterschied drinnen. Ich würde sagen, wenn Sie den Antrag stellen, dass wir das APM mit dem, ich würde sagen, umwegsubventionieren, dann könnten wir damit leben, aber wenn Sie behaupten, dass das kalkuliert ist, muss ich dem widersprechen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Herr Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Bitte warten Sie jetzt nicht auf einen Streit zwischen Herrn Mayrhofer und mir.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geh` schade.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich denke einfach, fast alle sind Bergersteiger die wissen, wenn man auf so einen Berg geht gibt es einfach verschiedene Gesichts- und Blickwinkel. Jeder Gesichts- und Blickwinkel ist in der Situation in der man steht richtig. Ich kann nicht sagen, weil wenn ich ganz oben bin und der Mensch ist so klein,

das stimmt nicht, nein es stimmt. Und wenn ich unten bin muss ich hinaufschauen auf ihn, weil er größer ist, das stimmt auch.

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich wollte einfach damit sagen, es gibt verschiedene Blickwinkel Dinge anzuschauen. Da gibt es den ganz radikalen wirtschaftlichen Blick ...

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

... und das stimmt auch. Ich kenne mich da zu wenig aus, aber ich habe mir das so erklären lassen, es stimmt. Dann gibt es einfach auch den Blick vom Altersheim auf die alten Menschen hin, auf die Einbeziehung vieler Besucher in das Altersheim, das stimmt auch. Jetzt muss ich einfach abschätzen, welchen Blick ich jetzt im Augenblick mehr betone und mehr sehe. Kalkuliert haben wir alle, denn kalkulieren kann ich ja verschieden übersetzen. Ich kann kalkulieren übersetzen mit abrechnen, ich kann kalkulieren übersetzen mit rechnen und ich kann kalkulieren übersetzen mit überlegen. Überlegt haben wir es uns im Ausschuss des Altenheimes Münchenholz ganz klar und wir haben gemeint, es ist ein Segen für das Altenheim Münchenholz wenn man das macht und darum bitte ich um Zustimmung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich muss jetzt sagen, wir haben neue Karten, dass man auch sagt, da, die verkaufen wir für die alten Leute, weil sie alle so gerne Karten schreiben und da verdienen wir auch kleine Summen. Es gibt ein altes Sprichwort: „Wer das Kleine nicht ehrt, ist das Große nicht wert!“ Ich meine, der Kollege Lengauer hat es sehr schön gesagt und wir stehen zu dem. Wir haben es auch gerechnet Herr Mayrhofer. Man muss nicht in Hülle und Fülle verdienen, es genügt ein kleiner Deckungsbeitrag und wir können das Haus nach außen hin auch positiv verkaufen. Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag. Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung (ÖVP – GR Hack). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke der Berichterstatterin. Nächster Berichterstatter ist Vizebürgermeister Gerhard Bremm.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Werte Kolleginnen, liebe Kollegen, in meinem ersten Antrag geht es um das Honorar für den Neubau der Volksschule Resthof. Es geht hier um 97.900,-- Euro. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

6) Schu-40/96 Neubau einer Volksschule im Stadtteil Resthof; Honorar Arch. Scheurecker-Körner für Weiterbearbeitung; Entwurf VS Resthof.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 30. 05. 2005 wird der Vergabe der zusätzlichen Ziviltechnikerleistungen, der Vorentwurf- und Entwurfsplanung der Volksschule Resthof zugestimmt und gliedert sich wie folgt:

Architektengeneralplanerhonorar

brutto € 132.420,31 (abzüglich der Restmittel aus Budgetierung 18. Juni 2002)

- brutto € 34.573,76

brutto € 97.882,55

gerundet: € 97.900,--

Der erforderlichen Mittelfreigabe in Höhe von insgesamt € 97.900,-- wird zugestimmt. Sie findet bei VSt 5/211000/010100 Deckung und ist bei der Budgetierung 2006 zu berücksichtigen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es, so wie ich vernommen habe wird es dazu eine Diskussion geben, zumindest habe ich es in der Zeitung gelesen, um den Abbruch der Sporthalle. Ich glaube, es ist ein historischer Moment, dass ein Professorium, das in Steyr ja über etliche Jahrzehnte standgehalten hat, dass hier das Ende ist. Von den sportlichen Aktivitäten ist das eh jetzt schon eine Zeit aus, wo das stattgefunden hat. Die Sporthalle soll abgebrochen werden. Ich glaube, dass das ein sinnvoller Schritt ist. Sie ist wirklich in die Jahre gekommen und ist baulich äußerst desolat. Es ist ja der Wunsch gewesen, die alte Sporthalle einer anderen Nutzung zuzuführen. Wir kennen das von den Skatern, die sind auch da gewesen. Dort wären so viele Investitionen zu machen, man muss sie dann personell besetzen. Wir sind mit den Skatern im Gespräch, über einige Zeit schon, dass wir in Steyr Möglichkeiten finden, wo wir für diesen Sport ein Dach errichten können. Sie waren erst vor wenigen Wochen wieder bei mir. Ich hoffe, dass uns das doch in absehbarer Zeit gelingen wird. Also, der Abbruch der Sporthalle dort ist glaube ich auch mittel- und längerfristig sinnvoll. Das ist ein hochattraktives Gebiet. Wenn man dort einmal eine vernünftige Bebauung Kasernengelände haben will, würde das sicherlich dort nicht hineinpassen. Ich kann hier noch erfreulicherweise dazu berichten, dass wir diesen Betrag, der vorgesehen ist, sicherlich unterschreiten werden. Es ist erst gerade in den letzten zwei Tagen gelungen, mit der Energie AG eine Vereinbarung zu machen, das muss aber noch zu Papier gebracht werden, aber es ist soweit ausverhandelt, dass die Errichtung der Trafo Station zu gleichen Teilen, 50:50, gemacht wird und dadurch werden wir diesen Betrag unterschreiten. Wenn man weiß was wir im Budget haben, dann wird das doch eine wesentliche Verbilligung mit sich bringen als wir ursprünglich geplant haben. Ich ersuche auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

7) GHJ2-57/05 Abbruch der alten Sporthalle; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 25. 08. 2005 wird der Auftragsvergabe zum Abbruch der alten Sporthalle an die

Fa. Hasenöhr Bau, St. Pantaleon – Abbruch alte Sporthalle und an die Energie AG – Änderung der bestehenden Trafostation

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung dieser Arbeiten wird der

Mittelfreigabe von € 147.000,-- exkl. USt. (einhundertzweiundvierzigtausend) bei der VA-Stelle 5/263000/010100 (Turn- und Sporthalle Instandhaltung Grund und Boden)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, manchmal ist es dann doch wieder schade, dass die Frau Kollegin Frech nicht anwesend ist, sie hätte jetzt sicher eine Stunde zu diesem Thema hier wahrscheinlich referiert, nach ihren Presseaussendungen nach.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Aber Spaß beiseite, was ich hier doch anregen möchte, es ist natürlich wirtschaftlich sinnvoll, diese Halle abzubauen, weil dann hätten wir eh keine Stadthalle gebraucht, wenn die jetzt plötzlich so wertvoll und wichtig wäre. Ich würde aber doch vorschlagen, dass man den Jugendlichen, die jetzt am Rennbahnweg sind, die offensichtlich ein Problem für die Anrainer darstellen, und es ist laut, es

stimmt, ich komme dort öfter vorbei, und für die, die in unmittelbarer Nähe dort wohnen, ist es sicher, vor allem in der warmen Jahreszeit, eine Lärmbelästigung, ob man nicht bauliche Maßnahmen setzen kann, um diesen Lärm so gering als möglich zu halten, bis man zu einer Lösung kommt, die vom Kollegen Vizebürgermeister vorgeschlagen ist, dass man langfristig wo anders eine Möglichkeit für die Skater schafft. Es ist sicher gescheiter als sie hängen sonst wo herum. Es ist eine Freizeitbeschäftigung der viele Jugendliche nachkommen und wir sollten das auch mit Nachdruck betreiben sowohl im Interesse der Anrainer als auch im Interesse der Jugendlichen die diesen Sport ganz gerne ausüben. Es ist eine nette Freizeitbeschäftigung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie im Stadtsenat bereits ausgeführt verstehe ich diesen Abbruch nicht. Wir wissen nicht, was wir mit dieser Halle machen, wir haben auch noch nicht versucht, die Halle zu verkaufen, wir haben noch mit keinem potentiellen Interessenten gesprochen und trotzdem machen wir im vorausseilenden Gehorsam eines, wir reißen einmal das ab, nehmen ungefähr, in Schilling, über 1 ½ Millionen, fast 2 Millionen Schilling, in die Hand, evt. wird es jetzt um 30.000 Euro billiger, aber trotzdem sind es noch ungefähr 115.000 Euro die wir in die Hand nehmen müssen. Wir verlegen damit auch die Trafostation. Wir wissen zwar nicht, was der zukünftige Nutzer dann will, auch des Gesamtkasernenareals. Vielleicht verlegt er dann noch einmal die Trafostation. Wir wissen auch gar nicht, ob nicht irgendjemand, der dieses Grundstück kauft, genau eine ähnliche Halle vielleicht dort brauchen könnte. Aber, wir haben so viel Geld, wir brauchen es ja für sonst nichts anderes. D. h., wir reißen die Halle halt einfach einmal nieder. Es besteht derzeit überhaupt kein Handlungsbedarf der es notwendig macht, dass ich das Geld in die Hand nehme. Es ist weder Einsturzgefahr oder Gefährdung für irgendjemanden vorhanden. Aber, spielt es eine Rolle, 147.000 Euro, machen wir, reißen wir sie nieder, wir wissen zwar nicht wohin, dafür sind wir schneller dort.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, zu dem was der Kollege Payrleithner Hans ausgeführt hat, da sind wir auch dabei. Wir kennen das Problem Lärmbelästigung durch die Skater auf der Rennbahn. Wir haben Lärmmessungen durchgeführt die zwar immer sehr im Randbereich sind. Wenn man es ganz genau nehmen würde, werden keine Lärmschutzmaßnahmen damit zu argumentieren sein, aber man muss sich das anschauen. Wir sind da wirklich dabei. Es muss uns gelingen, Anrainer und Sport, dass man da eine Stimmung zusammenbringt, dass da beide gut miteinander leben können. Wenn da ständig ein Reibungspunkt ist, dann ist das nicht vernünftig. Also, wir sind da dabei eine wirtschaftlich sinnvolle Maßnahme zu setzen. Ich habe den Auftrag gegeben zu prüfen, was so transparente Lärmschutzwände kosten würden um das Problem in den Griff zu bekommen.

Zum Verkauf, was der Kollege Mayrhofer angeführt hat, kann man natürlich unterschiedlicher Auffassung sein. Man kann sagen, ja, das Gebäude wollen wir uns behalten, oder das Gebäude wollen wir wegreißen. Eines weißt du, lieber Gunter, dass es vom baulichen her eine desolate Halle ist. Das ist unbestreitbar. Wir haben sogar in den letzten Jahren der Nutzung Probleme gehabt mit der Feuerpolizei, weil wir da schon die gesetzlichen Auflagen nicht mehr erfüllt haben. Wir haben uns da noch drübergerettet, weil wir gesagt haben, wir sind eh schon beim Bau einer neuen Halle. Also, vom baulichen her braucht man da nicht reden. Wenn wir die Halle verkaufen würden, nur die Halle ohne Grund, würde einer sagen, ja was gebt ihr mir denn, dass ich die Halle nehme? Man kann doch auch einen unterschiedlichen Zugang haben, dass ich sage, dort oben auf dem Platz Kasernengelände stellen wir zwar als Stadt den Anspruch, dass wir eine qualitätsvolle Bebauung in Zukunft absichern wollen, auf der anderen Seite sagen wir als Stadt, dass wir eine alte, desolate, heruntergekommene, komplett verbrauchte Halle dort stehen lassen und verkaufen sie vielleicht an jemanden, der dort, was weiß ich, da gibt es ja schon so viele Interessenten heute die so eine Halle suchen, da gebe ich dir schon Recht, die hätten wir schon verkaufen können. Da fahren sie herum mit mobilen Maschinen und Werkzeugen, die putzen dort Guss oder was weiß ich was, machen irgendwelche Schmiedearbeiten, Schlosserarbeiten, also, da ist ja sehr viel Bewegung. Das weißt du ja in deiner Funktion als Wirtschaftskammerobmann sehr genau. Wir wollen natürlich dort schon für uns in Anspruch nehmen, dass man bei einem fremden Grund, der nicht uns gehört und dort verlangen wir einen qualitätsvolle Bebauung, dann müssen wir aber auch uns selbst die Auflage machen, dass wir auch einen qualitätsvolle Bebauung wollen und nicht irgendeine heruntergekommene Halle für die

Zukunft stehen lassen wollen. Weil wenn wir sie nämlich für eine Nutzung verkaufen, dann haben wir auch den Zugriff nicht mehr. Dann ist der Zugriff nicht mehr gegeben. Was einmal verkauft wurde ist verkauft. Da haben wir eh hin und wieder schon, vielleicht auch in der Vergangenheit, gesagt, nein, das war nicht gescheit, dass wir das verkauft haben, oder dass wir das verkauft haben und haben nicht mehr den Zugriff darauf haben. Denselben Fehler zweimal zu machen, das weißt du, das machen wir nicht, wir machen wieder neue Fehler. Aber ich glaube dass das kein Fehler ist, die Halle wegzureißen. Es gibt ja auch Überlegungen, wie man vorübergehend, kurzfristig dort diesen Platz nützen könnte. Das weißt du ja, da ist darüber geredet worden. Wir brauchen dringend Platz für die Fachhochschule und um das Verkehrskonzept umsetzen zu können im Wehrgraben. Also, ich glaube schon, dass das eine sinnvolle Maßnahme ist. Dass es Geld kostet, wenn wir die Halle wegreißen, das ist ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der teuerste Parkplatz in Steyr!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, das ist nicht der teuerste Parkplatz, sondern das Areal gehört uns, wir können das vorübergehend anderweitig nützen, was auch einen Sinn macht, um ein Problem zu lösen. Langfristig gesehen brauchen wir dort, glaube ich, eine anständige, qualitätsvolle Bebauung. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und FPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP. Wer enthält sich der Stimme? Grüne. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen worden. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten und letzten Antrag geht es um die Neuerrichtung, Sanierung der letzten Hochwasserschäden in der Volksschule Wehrgraben. Der Technikschränk ist da in Mitleidenschaft gezogen worden und muss jetzt erneuert werden. Es geht hier um 15.000 Euro. Ich ersuche den Gemeinderat dieser Kreditübertragung und dieser Investition die Zustimmung zu geben.

8) GHJ2-70/05 VS Wehrgraben; Austausch des Technikschranks nach Hochwasser 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 29. August 2005 wird der Auftragsvergabe für den Technikschränk in der VS Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22, an die

Fa. Klausriegler, Steyr € 15.000,00 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe wird eine Kreditübertragung in Höhe von

€ 15.000,00 inkl. USt von der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen – Gebäude)

zu VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen – Gebäude

bewilligt und der Betrag bei dieser Haushaltsstelle freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Wir machen jetzt eine ¼ Stunde Pause.

PAUSE VON 16.05 UHR BIS 16.35 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine Damen und Herren wir setzen die GR-Sitzung fort. Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Dietmar Spanring mit einem Punkt.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in meinem heutigen Antrag geht es um den Verein „Gesellschaft zur Pflege literarischer Kostbarkeiten“, um die Jahresförderung 2005 in der Höhe von 5.000,-- Euro, die aufgrund einer Kreditübertragung in den Gemeinderat gekommen ist. In den vorhergehenden Gremien, Kulturausschuss, wurde es entsprechend behandelt und empfohlen diese 5.000,-- Euro durch eine Kreditübertragung freizugeben. Ich ersuche um Freigabe.

9) Fin-109/05 Verein „Gesellschaft zur Pflege literarischer Kostbarkeiten“ – Jahresförderung für „Steyrer LiteRaritäten“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 5. Juli 2005 wird dem Verein „Gesellschaft zur Pflege literarischer Kostbarkeiten – Steyrer LiteRaritäten“, vertreten durch die Steyrer Geschäftsführerin Frau Dr. Margit Haslinger, 4400 Steyr, Berggasse 2, eine Jahresförderung für das Jahr 2005 in der Höhe von

€ 5.000,00 (iW fünftausend) zuerkannt und der erforderliche Betrag aus der VA-Stelle 1/330000/757000 freigegeben.

Zu diesem Zweck werden Mittel im Ausmaß von € 5.000,-- durch eine Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/300000/757000 auf die VA-Stelle 1/330000/757000 bewilligt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte nur meinen Ärger ausdrücken, dass man diesen wichtigen Budgetposten einfach im Budget gestrichen oder übersehen hat. Wenn man ihn gestrichen hat, dann war das ein ganz, ganz grober Fehler. Wenn man es übersehen hat, war es eine grobe Nachlässigkeit. Ich bitte das nicht mehr zu tun und wirklich darauf zu achten, dass so wichtige Dinge für die Kultur der Stadt Steyr einfach im Budget drinnen sind.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Das Übersehen würde mich treffen und nachdem das nicht möglich ist, erspare ich mir weitere Worte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, danke schön. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Wilhelm Hauser um seine Berichte.

BE: STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ein einerseits erfreulicher Antrag, weil wir schon ewig lange darauf gewartet haben, die Stadtbadsanierung, erste Etappe, andererseits natürlich auch so, dass wir zugeben müssen, das aufgrund dessen, dass diese Schätzungen schon im Jahr 2003 durchgeführt wurden, es zu Preiserhöhungen gekommen ist bzw. halt am Markt leider Gottes auch andere Anbieter manchmal nicht vorhanden sind. Ich möchte also dazu ausführen, dass diese Bäderbaubeiratssitzung von mir dieses Mal also schon mit Bangen erwartet wurde, ob wir also den Zuschlag bekommen oder wieder geschoben werden. Denn ich behaupte einfach, dass ich sage, es war ein Glück, dass wir das in drei Etappen geteilt haben um sozusagen nicht das Gesamte auf einmal zu haben und deswegen ist es gelungen, auch in der Bäderbaubeiratssitzung durchzukommen mit unserem Antrag. Einerseits, dass diese erste Etappe genehmigt wurde und gleichzeitig auch die notwendigen Fördermittel dafür zugesagt wurden in der Höhe von 260.000 Euro. Es ist also so, dass dann diese Gewerke ausgeschrieben wurden und da haben wir unsere ersten, und jetzt bitte das Wort blau einfach als

Farbe auch kennzeichnen, blauen Wunder erlebt, in dem es also für einige Gewerke kein einziges Anbot gegeben hat. Daher sind wir ein bisschen ins Strudeln gekommen und haben dann sozusagen ein zweites Mal, bei den Gewerken wo es kein Anbot gegeben hat, ausschreiben müssen, wo dann direkt Firmen angeschrieben wurden, welche die Architekten bestimmt haben, und die Ausschreibung hat stattgefunden. Im Amtsbericht sehen sie, wer die Anbieter in diesem Konstrukt waren, wie viele Anbieter es gegeben hat, wer die Bestbieter waren nach den Verhandlungen, und es wurde also dann hier letztlich davon ausgegangen, dass jeweils der Bestbieter den Zuschlag bekommen hat. Ich kann Ihnen also versprechen, dass wir nur die notwendigen Sanierungsmaßnahmen dementsprechend auch umsetzen werden, die hier eben dazu notwendig sind um dem Ganzen wieder ein ordentliches Bild zu geben. Was die Bauetappe umfasst, nehme ich ja an, dass es jeder noch wissen wird. Es geht also darum, dass die Solaranlage auf das Hallenbaddach verlegt wird, dadurch auch neue Leitungen gelegt werden müssen, damit diese Verbindung wieder stattfindet, dass es darum geht, die Betonsanierungen bei den einzelnen Gebäuden durchzuführen, andererseits das letzte eingerüstete Gebäude abgerissen wird, das uns ja schon mehr als Jahre bedrückt, und dann dazu noch das Büfett neu errichtet wird, auf jenem Gebäude im 1. Stock, wo unten schon die sanierten WC-Anlagen drinnen sind und dort wird es dann auch einen Brückenübergang zum Sportbecken geben. Das umfasst die erste Bauetappe. Was hier noch nicht drinnen ist, dass natürlich bevor die Solaranlage aufgelegt wird auf das Hallenbaddach, auch das Hallenbaddach entsprechend noch überprüft werden muss und dort saniert werden muss, wo es hineinrinnt. In Vorbereitung sind auch derzeit noch, da befasst sich unter anderem der DI Gunst damit, eine Hochwasserschutzmaßnahme, wo es uns also gelingen könnte, dass wir gleich in einem hier einen Schutzdamm errichten, damit sozusagen das Stadtbad dann nicht mehr vom Hochwasserbefall betroffen ist. Gehen tut das natürlich nur dann, wenn alle Hochwasserschutzmaßnahmen, die dort notwendig sind, auf einmal gemacht werden, weil nicht, dass wir das Stadtbad zwar schützen aber auf der anderen Seite das Siedlungsgebiet dafür noch mehr absäuft, weil das Wasser dort nicht ausweichen kann. Wir werden also schauen ob das möglich ist. Es gibt einmal eine Planungsgenehmigung, dass die auch gefördert wird, diese Planung, und wir werden also sehen, ob wir das schaffen, sonst muss das bei einer der nächsten Bauetappen dann mitgemacht und umgesetzt werden. Wir hoffen also, dass das vielleicht doch noch dazu kommt. Für die Geschichte, dass ja in das ehemalige Büfettgebäude sozusagen die Vereine dann einziehen und übersiedeln werden, dort wird also ein eigenes Projekt notwendig sein, das auch dann eben über die Vereine einzureichen ist, damit die dementsprechenden Fördermaßnahmen für das auch fließen können.

Ich ersuche daher den Antrag von mir einmal zur Verlesung bringen zu dürfen, für diese Sanierungsmaßnahmen und ich möchte Ihnen nicht alle Leute vorlesen, die hier Aufträge erhalten werden und die Summen, sondern es geht um ein Gesamtvolumen von 1.162.554,98 Millionen Euro für diese Generalsanierung. Ich ersuche einerseits diesen Antrag zu diskutieren und dann darüber abstimmen zu lassen.

10) BauH-3/00 Sanierung des Stadtbades Steyr; Freibad, Bauteil 1; Auftragsvergaben.

ANTRAG

des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung
„Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 12. 09. 2005 wird im Zusammenhang mit der Sanierung des Stadtbades Steyr, Freibad, Bauteil 1, für 15 Gewerke, nachstehenden Auftragsvergaben an die vorgeschlagenen Auftragnehmer zugestimmt:

1. Abbruch Objekt G (Gesamtabbruch des Garderoben- und Kabinengebäudes Objekt G im Freibad inkl. fachgerechte Entsorgung des Abbruchmaterials) exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Mayr Bau, Steyr € 16.135,95

2. Betoninstandsetzung (an den Garderobengebäuden Objekt C und D, Büfettgebäude Objekt E, Kabinengebäude Objekt F, Vereinsgebäude) exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Peiniger, Gratkorn € 71.178,60

3. Baumeisterarbeiten (Sanierung und Umbauarbeiten der best. Garderobengebäude, Neubau Aufzugsschacht, Fundamente für Brücken auf Stahl) exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Mayr-Bau, Steyr € 301.223,80

4. Elektroinstallation exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. VATech Elin EBG, Steyr € 82.469,82

5. Aufzugsanlage (mit zwei Haltestellen zur Förderung von behinderten Menschen und für den Büfettbetrieb) exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. KONE AG, Linz € 28.655,74

6. Solarabsorberanlage für die Badewassererwärmung des Freibades

Fa. AST Eis- und Solartechnik, Reute € 120.929,55

7. Heizungs- und Sanitärinstallation exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Schloßgangl, Steyr € 59.018,68

8. Zimmermeisterarbeiten (Sanierung Objekt E und F mit Brettstapeldecke als neues Dach, Geräteschuppen neu Holzkonstruktion, Schattenpergola auf Büfett-Terrasse im Objekt E) exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Fellner GesmbH, Ried € 77.850,26

9. Dachdecker – Spenglerarbeiten (Dachsanierung Objekt C und D, Dachreparatur Vereinsgebäude, Dacheindeckung Objekt E und F, Schwarzdeckerarbeiten Terrassen Vereinsgebäude, Büfett-Terrasse, Galerie Objekt F)

Fa. Edtbauer, Pasching € 46.740,25

10. Fliesenlegerarbeiten (Feinsteinzeug auf Böden für den Barfußbereich, Büfettküche usw., Wandfliesen in Sanitärräumen und Büfettküche) exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Hirtl & Bauernfeind, Mauthausen € 51.727,19

11. Metallbauarbeiten (Schlosserarbeiten: Metallfenster-, -portal, Tore, Geländer Stahlbau: Stiegen- und Brückenkonstruktionen, Kunststofffensterkonstruktionen im Vereinsgebäude)

Fa. Jungwirth, Königswiesen € 159.859,46

12. Bau- und Möbeltischlerarbeiten (Innentürblätter, Wickeltisch, Sanitätsraumeinrichtung)

Fa. Hackl, Steyr € 38.467,76

13. Malerarbeiten (Anstriche und Beschichtungen auf Bestand und neuen Untergründen) exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Seywaltner, Steyr € 14.216,32

14. Garderobenschränke, Mietkabinen, Wechselumkleiden, WC-Trennwände, Duschtrennwände, Wertdepots exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Tschojer Melcher & Co, Matrei € 52.358,15

15. Büfettkücheneinrichtung (Büfettausgabe, Kühlzelle)

Fa. GTM Mayr GesmbH, Gmunden € 44.543,45

Gesamtsumme: € 1.162.554,98

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, Werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Der Antrag, den der zuständige Referent StR Hauser soeben vorgetragen hat, ist ja grundsätzlich positiv zu beurteilen, zumal er eine Stadtbadsanierung zum Inhalt hat, er hat es bereits anklingen lassen, die aus Kostengründen die letzten 15 Jahre immer wieder verschoben wurde. Erst in den letzten Jahren war man bereit, ins Budget Mittel für eine etwaige Sanierung hineinzunehmen, allerdings immer unter der Voraussetzung, dass man abwartet, nämlich eine Zustimmung des Landes bezüglich der Förderungsmittel. Jetzt ist es so weit, die Förderungsmittel sind zugesichert. Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es nach wie vor einige Ungereimtheiten. Ich habe bereits im letzten Ausschuss darauf hingewiesen. Der Kollege Hauser hat jetzt gesagt, dass 260.000,- Euro vom Land bereitgestellt werden, im Antrag steht aber was anderes drinnen. Da steht drinnen, 260.000 Euro aus Förderungen durch das Land plus Sportförderung durch das Land um 65.000 Euro. Das ist doch ein erheblicher Unterschied, meine Damen und Herren. 65.000 Euro ist ja schlussendlich, bei dem engen Budget, das wir haben, kein Klacks. Es gibt auch eine weitere Ungereimtheit, da hat ebenfalls der zuständige Referent darauf hingewiesen. Es gibt hier teilweise Steigerungen gegenüber dem Schätzgutachten um mehr als das Dreifache. Bitte, meine Damen und Herren, das kann doch nicht so sein. Experten behaupten, und ich habe das noch im Ohr, dass eine Steigerung der Kosten von max. 10 % zu tolerieren wäre. Wie gesagt, es haben sich in verschiedenen Bereichen diese Kosten verdreifacht. Ich glaube, dass man das nicht so sang- und klanglos hinnehmen sollte, denn damit in Verbindung stehen ja auch weitere Erhöhungen, nämlich die Erhöhung der Architektenhonorare. Also jene, die vorher diese Kostenschätzungen nicht eingehalten haben, werden dann zusätzlich für das, was sie nicht richtig eingeschätzt haben, weitere Honorare beziehen und das kann es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und da darf ich dich bitten, Willi, eine Aufklärung zu geben. Ich habe ja nicht umsonst das im Verwaltungsausschuss zur Sprache gebracht. Ich glaube, dass es schon wichtig wäre, dass der Gemeinderat, der ist ja nicht irgendwer, tatsächlich die richtigen Unterlagen zur Beschlussfassung vorgelegt bekommt. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte anschließen, wo der Kollege Eichhübl aufgehört hat, da geht es nicht um irgendeine Abweichung gegenüber einer Schätzung, sondern man bedient sich ja eines Ziviltechnikers, damit man eine Basis bekommt, eine Grundlage bekommt, auf der man planen kann. Man sieht ja auch, dass das Land nicht bereit ist, mehr zu fördern, sondern das Land geht nur aus von jenem Betrag, der geschätzt wurde. Wenn wir dann Abweichungen haben, und bei diesem Betrag von 400.000,-, praktisch, um was sich das Gesamte erhöht hat, dann ist das auch nicht mit irgendeiner Änderung oder einer Indexanpassung oder sonst was zu vergleichen oder zu erklären, sondern es ist ganz klar, eines, dass das nicht stimmt. Dass es gewaltig nicht stimmt. Wir haben im Baubereich des Öfteren solche Vorfälle. Üblicherweise hole ich mir den Ziviltechniker, versuche mir das von ihm erklären zu lassen, beauftrage eventuell einen zweiten Ziviltechniker, der das auf Plausibilität überprüft und üblicherweise wird so etwas dann neu ausgeschrieben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass in fast allen Fällen diese neuerliche Ausschreibung eine Anpassung an den ehemaligen Schätzwert bringt. Dass man hier einfach sagt, okay, das ist halt so, nehmen wir 400.000 Euro in die Hand und das aber bitte schön ganz klar ausschließlich zu Lasten der Stadt, das kann es nicht geben. D. h., ich ersuche dringend, auch unter dem Hinblick, dass das zu einer Verzögerung führt, aber wir können nicht einfach 400.000 Euro bitte schön beim Fenster hinausschmeißen. Das gehört aufgeklärt, das gehört noch einmal frisch ausgeschrieben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Willi bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich werde immer so grenzdebil, wenn ich mich nicht vorbereitet hätte für heute und wenn ich das nicht alles schon gemacht hätte, was ihr mir gerade gesagt habt. Aber es ist schön, dass man sich darauf vorbereiten kann und die Dinge hat. Also, wenn wir schon davon reden, dann ist es richtig, dass diese 65.000 Euro Sportförderung, die

hier vom Herrn Dr. Pühringer der Stadt mitgeteilt wurden, natürlich in diesen 260.000 Euro enthalten sind. Weil, so wie es der Herr Mag. Lemmerer ja schon gesagt hat, zahlen also 130.000 Euro die Gemeindeabteilung, die 65.000 Euro kommen von der Sportabteilung und 65.000 kommen ...

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Ich kläre jetzt auf, dass das so richtig ist und darum habe ich zuerst auch nur 260.000 erwähnt und nicht wie gesagt, 260.000 plus 65.000 Euro. Das war das 1.

Zweitens: Nachdem natürlich uns auch das so sehr schon im Verwaltungsausschuss aufgeregt hat, dass es hier um einen Unterschied über 300.000 Euro geht, gegenüber dem Schätzpreis ...

Zwischenruf: Gegenüber 400.000 Euro

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Nicht gegenüber 400.000 Euro sondern um 300.000, weil das Büfett steht dabei und ist nicht sozusagen in den förderbaren Mitteln drinnen und war daher auch in dem Projekt nicht drinnen und diese Büfettküche, diese Büfetteinrichtung die da steht, ist unten auf dieser Liste aufgeführt mit 54.300 Euro. Es geht also insgesamt um 326.000 Euro was das Projekt teurer ist als es sozusagen vorgesehen war, weil diese Büfetteinrichtung sowieso nicht gefördert ist und deswegen in dieser Schätzsumme auch nicht drinnen war. Aber die brauchen wir ja, weil sonst brauchen wir kein neues Büfett bauen.

Es ist also so, dass aufgrund der Indexzahlen sich diese Summe dann um etwa 20.000 Euro verringert aufgrund der Indexanpassungen gegenüber dem Schätzpreis und die werden auch bei der Förderung mitgetragen, diese Indexkosten. Das ist auch erkundigt worden. Jetzt kommen wir zu etwas, wo ich also dann vom Staunen nicht mehr herausgekommen bin. Denn es ist so, dass wir die Auftraggeber für diese Geschichte waren. Es gibt ein Zivilbüro, das heißt Fischer & Hickisch, die das umgesetzt haben, aber, aufgrund der Unterlagen des Herrn Kurt Reinhart, und der Herr Kurt Reinhart hat also dann Sachen hineingeschrieben, die Wunschkonzert sind. Aufgrund dessen ist es dazu gekommen, dass diese Ausschreibung so stattgefunden hat. Da habe ich jetzt für jedes Gewerk, was sozusagen Wunschkonzert ist und was Schätzung war. Das Wunschkonzert werden wir nicht durchführen, deswegen brauchen wir auch nicht neu ausschreiben. Das Wunschkonzert, dass man dort gerne einen Schuppen hätte und da noch eine Garage dazu und all diese Dinge die vorher nicht vorgesehen waren, werden wir nicht durchführen. Darum habe ich auch gesagt, die Generalsanierung findet so statt, wie sie von uns als Auftraggeber vorgesehen war unter diesen Prämissen und ohne Wunschkonzert. Wenn man das Wunschkonzert wegrechnet, dann fallen 211.068 Euro weg, aufgrund des Wunsches, aufgrund der Schätzungen und die sogenannten Massenreserven betragen 70.000 Euro, die so vorgesehen sind. D. h., wir werden also mit dem Preis auskommen den man ursprünglich geschätzt hat. Die Ausschreibung ist trotzdem so passiert und so wird es also jetzt zu beschließen sein.

Zwischenruf: Worüber stimmen wir jetzt eigentlich ab?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das kann doch nicht sein, der ganze Amtsbericht stimmt nicht.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Aber ich kann ja nichts anderes tun, als wie dass ich mich bei Hickisch & Partner erkundige und der mir das vorlegt.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Dann müssen wir das jetzt alles herausstreichen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja selbstverständlich. Sie können ja jetzt von uns nicht eine Abstimmung verlagen unter ganz anderen Voraussetzungen das was dann noch kommt.

Zwischenruf. Jetzt kenn ich mich nicht mehr aus.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Wieso, ich habe ja diese Erklärungen schon gebracht. Im Ausschuss war das noch nicht.

Zwischenruf: Eben!

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Da haben wir ja ausdrücklich gesagt, dass diese Dinge noch abzuklären sind.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Ich möchte festhalten, dass der Ausschuss offensichtlich falsch oder unrichtig oder unwissend informiert wurde.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Nein, der Ausschuss wurde über das informiert, was vorgelegen ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir machen eine Sitzungsunterbrechung. Wir müssen das noch einmal kurz beraten und dann kommen wir wieder zusammen. Kurze Unterbrechung bis 17.10 Uhr.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 16.50 UHR BIS 17.15 UHR

GR Ute Fanta verlässt um 17.15 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir setzen die Sitzung fort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Zur Geschäftsordnung!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, indem sich diese Dinge in der kurzen Zeit jetzt nicht klären lassen, da geht es um ein paar rechtliche Dinge, ob das in der Ausschreibung möglich ist, vorgesehen oder nicht vorgesehen ist, stelle ich den Antrag, dass wir diesen Antrag zurückstellen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zu diesem Antrag gibt es je Fraktion eine Wortmeldung. Keine Wortmeldungen, dann stimmen wir darüber ab. Wer für die Zurückstellung dieses Antrages ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag wurde einstimmig zurückgestellt.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Mein nächster Antrag, Erdgaspreiserhöhung, ist leider keine angenehme Geschichte, lässt sich aber nicht vermeiden. Wie sie alle selber wissen, hat sich der Einstandspreis im Vergleich zum Vorjahr um etwa 35 % erhöht und das bedeutet also, dass wir hier schon lange viele Dinge sozusagen schlucken. Es ist also so, dass es beim Öl noch exorbitanter ist, weil da beträgt die Preissteigerung vom Jänner bis jetzt fast 77 %. Wir müssen leider Gottes hier auch reagieren. Ich weiß nicht, ob sie die Pressemeldungen gelesen haben, dass die OÖ Ferngas um 9,49 % nach oben geht und die Linz-AG um 9,89 %. Wir versuchen hier eine etwas moderatere Lösung zu finden und der Vorschlag lautet, dass wir im Durchschnitt den Erdgaspreis ab 1. November des heurigen Jahres um ca. 6 % erhöhen. Dazu ist uns ein bisschen entgegen gekommen, dass der Netzkostenpreis um 13 % abgesenkt wird und wir hoffen, dass wir hier diese ganzen Dinge etwas abfangen können. Im Amtsbericht sehen sie die beigehängte Preislise, wie die Steigerungen erfolgen und der Abrechnungsmodus bleibt auch gleich, wie er auch heuer mit 1. Jänner bereits eingeführt wurde; schlagend ist er nach der Abrechnung des Jahres 2004 mit 1. Februar geworden.

11) Stw-61/05 Erdgaspreiserhöhung per 1.11.2005 aufgrund gestiegener Gaseinkaufspreise im 1. HJ

2005 um 25 % über Vorjahr mit weiterhin steigender Tendenz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 30.08.2005 wird der Preiserhöhung entsprechend der Anlage mit Wirksamkeitsbeginn 01.11.2005 zugestimmt. (Beilage)

Ich ersuche den Antrag zu diskutieren, bzw. dann abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe ja bereits in der vorangegangenen Verwaltungsausschusssitzung der Stadtwerke zum Ausdruck gebracht, dass es eine bedauerliche, unangenehme nicht abänderliche Notwendigkeit ist, dass heute der Gemeinderat der Stadt Steyr aufgrund der ständig steigenden Einkaufspreise beim Rohöl und beim Erdgas – und das ist ja auch das große Problem – mit dem Einstandspreis des Erdöls, ich sage bewusst, verkuppelt ist. Das klingt unseriös, ist auch unseriös. Es zeigt aber im Grunde genommen sehr massiv zwei Problemkreise auf; das eine ist die Tatsache, dass uns sehr deutlich vor Augen geführt wird, dass wir in einem massiven Abhängigkeitsverhältnis stehen, was diese ganze Sache mit den Rohölpreisen ist, dass wir abhängig sind von dieser Energie. Da geht es ja nicht alleine um die Spritpreise, da geht es nicht alleine um die Heizölpreise, sondern da geht es um die gesamte Preisanhebung im Bereich der Palette petrochemische Produkte. Das zeigt auf der anderen Seite auch sehr deutlich auf, in welchem Spannungsverhältnis die Stadtwerke ihre Tätigkeit ausüben müssen. Da ist zum Einen der ständig steigende Rohölpreis und zum Anderen, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf man auch nicht außer Acht lassen, die bereits seit einiger Zeit in Kraft getretene Liberalisierung des Gasmarktes. Das hat auch die Stadtwerke betroffen, weil sie Kunden verloren haben. Sie haben deswegen Kunden verloren, weil man ja ermöglicht hat, dass andere Anbieter an die Kunden herantreten und das Produkt Erdgas anbieten, allerdings über die Leitungsförderung der Stadtwerke. Da gibt es noch einen Haken bei dieser Geschichte; da wurde ursprünglich ein sogenannter Netznutzungspreis vereinbart, der aber von Bundesseite aus auch nicht eingehalten wurde und auch aus diesem Titel heraus verlieren die Stadtwerke entsprechende finanzielle Mittel. Man kann jetzt eindeutig feststellen, dass das eine Gewinnreduzierung im Bereich des Gaswerkes bewirkt. Und was heißt das? Weniger Gewinne bedeuten weniger Investitionen im Bereiche des Gaswerkes und bedeuten vor allen Dingen eines; aufgrund unseres Betriebsverbundes sind wir durch steuerliche Vorteile in der Lage – weil diese beiden Betriebe zusammengelegt sind, und sie wissen dass es nicht möglich ist, einen Verkehrsbetrieb mit einem derart guten Angebot auch nur kostendeckend zu führen, sondern wir haben da enorme Abgänge – und aus diesen steuerlichen Vorteilen, durch den Gewinn beim Gaswerk, sind wir in der Lage unseren Verkehrsbetrieb entsprechend zu unterstützen was die Verlustabdeckung betrifft. Das wird nicht mehr lange dauern, dann wird die Frage hier in diesem Gremium zu klären sein, ist die Stadt bereit, diese Verlustabdeckung vom Verkehrsbetrieb zu übernehmen, oder man schränkt entsprechend die Leistungen ein. Das wird über kurz oder lang auf uns zukommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist aber auch so, dass bei dieser Abrechnung offensichtlich auch die Prozentsätze nicht ganz stimmen, aber ich nehme an, dass da diesbezüglich noch eine Wortmeldung kommen wird. Grundsätzlich wie gesagt, meine Damen und Herren, vertrete ich die Auffassung – es gibt auch in unserer Fraktion unterschiedliche Meinungen, das sage ich ganz offen, - aber ich vertrete die Auffassung, dass wir dieser Preiserhöhung einfach nicht auskommen, denn in der Zeit, wo wir darüber diskutiert haben, über diese Anhebung, ist der Rohölpreis mehrmals massiv gestiegen und am US-Markt, habe ich zumindest dem Teletext entnommen, sind wir bereits bei 68 \$ für ein Barrel, 129 Liter Erdöl. So schaut die Situation aus meiner Sicht aus und ich werde diesem Antrag, was die Erhöhung betrifft, allerdings müssen die Prozentsätze aufgeklärt werden, die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weitere Wortmeldungen? Herr Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste. Dass wir über eine Gaspreiserhöhung nicht hinweg kommen, ist glaube ich allen klar, wie mein Vorredner schon betonte, die Energiepreise aus petrochemischer Erzeugung werden sich weiter spiralenhaft in die

Höhe bewegen, das ist ziemlich sicher. Aber trotzdem möchte ich auf einige Punkte in diesem Amtsbericht hinweisen. Die vorgeschlagene Preiserhöhung von durchschnittlich 6 % beim Nettopreis, die Preise für Kunden mit Sonderverträgen werden um 6 % angehoben. Soviel ich weiß, sind die Sondervertragskunden die mit der hohen Staffelung und wenn man da die Prozentsätze anschaut, sind die sehr sozial gestaffelt, der Großkunde zahlt knapp ein bisschen mehr als die Hälfte Erhöhung, wie der kleine Einzelkunde. Also ich würde schon sagen, man sollte da etwas sozialer sein und die Großkunden genauso belasten wie den Einzelverbraucher, weil warum soll der Einzelverbraucher die Kosten und die Erträge der Erhöhung abdecken und die Verluste, die eventuell erwartet werden. Das möchte ich ganz scharf kritisieren und sozial ist diese Staffelung für mich nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als vor vielen Jahren in Steyr die Gasgewinnung umgestellt wurde auf Erdgas, wurde vor allem auch mit dem damals sehr niedrigen Gaspreis aus der Ferngaszulieferung argumentiert. Alle, die damals davor gewarnt haben, dass man sich in eine Abhängigkeit begibt und dann eigentlich nur mehr am Preisknöpfchen gedreht werden muss, hat man damals ignoriert und all das ist natürlich jetzt eingetreten, die Gaspreiserhöhungen waren ja nicht so milde, wie es der Kollege Gabath gerade beschrieben hat, mit 6 %, sondern wir haben ja in den letzten paar Jahren einmal 20 %, einmal 25 %, wenn man die zweimal 12 % in einem Jahr zusammenrechnet, beschlossen usw. Also, ich möchte wissen, wie das weiter gehen soll und wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, der Kollege Zöttl und ich, vor allem auch aus einem Grund, weil eigentlich nicht einmal ansatzweise über Alternativenergien in Steyr diskutiert wird, was in anderen, vor allem kleineren Gemeinden längst der Fall ist. Man hat sich überhaupt nicht mehr näher damit beschäftigt, mit Energiegewinnung aufgrund der großen Wasserressorts in Steyr, auch das hat man alles im Vorfeld mit anderen Argumenten abgedreht; das hat zwar nicht direkt etwas mit Erdgas zu tun, aber mit Energie im Allgemeinen. Ist ja auch interessant, dass man jenen, der hier in Steyr etwas machen wollte, ich sage jetzt absichtlich den Namen nicht, nicht in der Steyr absaufen lässt; also das fehlt alles bei diesen Überlegungen und es wäre schon interessant, dass sich der Ausschuss und der zuständige Referent auch einmal mit diesem Thema beschäftigt und als Zeichen, werden wir heute dagegen stimmen. Ich bin ja nur gespannt, was er heuer im Winter dann jenen sagt – es hat einmal einen sozialistischen Finanzminister gegeben, ist schon lange her, ich glaube Salcher hat er geheißt, der hat einmal den Ausgleichszulagen-Mutterln empfohlen, sie sollen in den Wald gehen und Holz sammeln, - wahrscheinlich wird der Kollege Hauser heuer den Steyrern, die es sich nicht mehr so leisten können, empfehlen, dass sie das Schwemmholz vom letzten Hochwasser holen, ich möchte aber darauf hinweisen, dass das noch ein bisschen feucht ist. Aber das wird uns wahrscheinlich nicht über die Runden helfen, sondern es wird wahrscheinlich tatsächlich schön langsam für viele Menschen ein Problem werden, wie sie ihre Wohnungen im Winter heizen werden. Das gebe ich hier zu bedenken und man sollte schon auch darüber nachdenken, wie sich die verschiedenen Bevölkerungsschichten das leisten können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte das nur ein bisschen vertiefen, was wir da gesagt haben, weil ich fühle mich auch ein bisschen getäuscht. Wenn ich den Amtsbericht durchlese, wie ihn jeder normale Mensch durchlest, dann scheint das alles plausibel, wir erhöhen um ungefähr 6 % und die Preise für die Kunden mit Sonderverträgen, das sind also die Großabnehmer, werden auch um 5 % angehoben. Wenn man sich aber dann diese Preistabelle genau anschaut, dann sieht man den Staffelpreis bis 8.000 Kwh, da wird der Preis bis 5,8 % angehoben, für 100.000 oder auch bei 10.000 wird er um 3,6 % angehoben. Warum steht im Amtsbericht, dass Sondertarife um 6 % angehoben werden? Das stimmt nicht, nur für die ganz kleinen, die Häuselleute wird um 6 % angehoben, für die anderen beträgt die Steigerung nur 3,6 %. Wenn man das als sozial versteht und das die richtige Information für die Gemeinderatsmitglieder ist, also da habe ich andere Vorstellungen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Willi, Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Meine sehr geschätzten Damen und Herren. Also, erstens möchte ich darauf hinweisen, dass das, was der Herr Eichhübl gesagt hat, lieber Roman, natürlich eines der Hauptdinge ist, warum wir überhaupt in dieser Lage sind, nämlich die Liberalisierung des Gasmarktes, weil sonst gäbe es das nicht, was der Kollege Payrleithner sagt, dass man da ein bisschen am Knöpfchen drehen könnte, weil dann wären die Preise nämlich fixiert. Die Stadt Steyr hat unter anderem mit der OÖ Ferngas einen Vertrag gehabt, der über 10 Jahre gelaufen ist, nur leider Gottes ist der dann aufgrund der Preisliberalisierung ungültig geworden und jetzt sind wir in der Lage, dass wir uns ständig irgendwie anpassen müssen. Für alle jene, die sozusagen hier diesen Amtsbericht lesen, da möchte ich schon sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ein Sonderpreis ist ein Preis, der verhandelt wird und der steht nicht in der Staffel. Ein Sonderpreis ist einer, der mit uns einen Vertrag hat, dass er zu dem das geliefert bekommt und der wird um 6 % erhöht und alle anderen sind in der Staffel. Warum die Großabnehmer hier in der Staffel eine geringere Steigerung drinnen haben, ist das, weil wir jetzt um 7 % gegenüber jedem anderen Anbieter drüber liegen. Das große Problem ist das, dass unter anderem so Kundschaften wie Interspar, Landeskrankenhaus, die WAG usw. weggehen, weil die OÖ Ferngas uns mit dem Preis unten hineinfährt und die sind dann weg. Wir müssen hier bei jenen Kunden, die wir jetzt noch haben und die gemäß diesem Staffelpreis bezahlen, reagieren, weil wir um 7 % sozusagen den anderen gegenüber drüber liegen, damit wir nicht gänzlich vom Markt weg sind. So schaut es aus, das ist die Erklärung dafür, warum das so ist, das hat nichts mit Sonderpreisen zu tun, weil die Sonderpreise sind in Sonderverträgen drinnen und die werden um 6 % erhöht, so wie es vereinbart ist. Das zur Erklärung; ich ersuche daher dem Antrag in der vorliegenden Form zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Dafür SPÖ, Grüne, 1 FPÖ (GR Eichhübl). Wer ist dagegen? ÖVP und 2 FPÖ. Stimmenthaltungen? Keine, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter, Herr StR Gunther Mayrhofer bitte.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der erste Antrag, der in meinem Bereich auf der Tagesordnung steht, betrifft Aufschließungsvereinbarungen mit der OÖ Baulandentwicklungsfonds AG. Ich möchte vielleicht gleich zu Beginn fragen, Herr Bürgermeister, möchtest du diesen Antrag vortragen, weil in den Verhandlungen war ich nicht mit eingebunden, in keiner Phase. Für mich unverständlich, ich hoffe nicht, dass es Nebenabreden gegeben hat, weil das ist schwer erklärbar, warum ich da nicht mit eingebunden war. Handeln tut es sich um das Grundstück Staffelmayr, was von Grünland – Kleingartenanlage in Bauland geändert werden soll. Der Interessent dafür, das zu verwirklichen, ist die Bauland AG und diese Bauland AG schließt mit der Stadt Steyr eine Vereinbarung über die Aufschließung ab. Das heißt, jene Maßnahmen, die an und für sich ein Bauträger machen muss, hier werden sie gegen eine Abschlagszahlung an den Magistrat, also die Stadt Steyr, zurück gegeben. Es geht hier um einen Betrag von € 800.000,--.

12) BauStr-11/05 Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der Oberösterreichischen Baulandentwicklungsfonds Aktiengesellschaft & Co über die Erschließung des Grundstückes 1620/1, Grundbuch Föhrenschacherl.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 29.6.2005 wird dem Abschluss einer Vereinbarung mit der Oberösterreichischen Baulandentwicklungsfonds Aktiengesellschaft & Co über die Erschließung des Grundstückes 1620/1, Grundbuch Föhrenschacherl, entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf bewilligt. (Beilage)

Ich ersuche, so wie im Amtsbericht vorgeschlagen, um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand? Ist jemand dagegen? 2 Gegenstimmen (Grüne). Stimmenthaltung? Keine, mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Straßensanierungen, die jetzt im Herbst im Stadtgebiet

durchgeführt werden.

13) BauStr-4/05 Straßenneubau 2005 der Stadt Steyr für die nachstehend angeführten Bauvorhaben;
1. Resthof BA 2 (Siemensstraße – Resthofstraße) samt Verkehrssicherung.
2. Hanuschstraße (Industriestraße – Bogenhausstraße)
3. Direktionsstraße (Wehrgrabengasse – Gsangsteg)
Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 5. Juli 2005 wird der Vergabe des Straßenneubaues 2005 für die Resthofstraße im Bereich Aufpflasterung Siemensstraße - Resthofstraße, die Direktionsstraße im Bereich Wehrgrabengasse – Gsangsteg und der Hanuschstraße im Bereich Industriestraße – Bogenhausstraße zugestimmt.

Vergabevorschlag – Auftragnehmer – Errichtung/Finanzierung – Betrag in EUR inkl. MWSt.

1. Straßenneubau 2005 – Lang & Menhofer – 2005 – 142.825,44
2. Transporte – FA für kommunale Dienste – 2005 – 5.000,--
3. Bepflanzung und Rekultivierung – FA für kommunale Dienste – 2005 – 1.174,56
4. Granitsteinankauf – diverse Granitlieferanten – 2005 – 6.000,--

Gesamt: EUR 155.000,--

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 155.000,-- inkl. MWSt. werden wie folgt finanziert:

Budget – Betreff – VSt. – Betrag in EUR

1. 2005 – Gemeindestraßen - Straßenneubau Resthofstraße – 5/612000/002000 – 45.000,--
2. 2005 – Gemeindestraßen – Straßenneubau Hanuschstraße statt Reitnerstraße – 5/612000/002000 – 40.000,--
3. 2005 – Gemeindestraßen – Straßenneubau Direktionsstraße – 5/612000/002000 – 55.000,--
4. 2005 – Gemeindestraßen - Verkehrssicherung Resthofstraße – 5/612000/002020 – 15.000,--

Gesamt: EUR 155.000,--

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Punkt geht es um Straßensanierung im Münichholz - Punzerstraße. Das ist ja ein Stadtteil, wo wir wissen, dass akuter Handlungsbedarf da ist. Manchmal wünschen wir uns trotz dem jetzigen Zustand der Straßen, dass auch unsere Straßen, die wir derzeit neu machen, die Haltbarkeit der Betonstraßen im Münichholz haben, aber jetzt sind sie absolut am Ende ihrer Lebenszeit angelangt. Für uns ist das auch ein gewisser Test, wir haben im Bereich Penselstraße schon eine Teststrecke gemacht, um zu sehen, ob diese Art der Sanierung so machbar ist.

14) BauStr-3/05 Straßensanierung Münichholz – Punzerstraße im Bereich Plenkberg bis Wagnerstraße; Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 18. August 2005 wird der Vergabe der Straßensanierung Münichholz – Punzerstraße im Bereich Plenkberg bis einschließlich Kreuzung Wagnerstraße - Sebekstraße wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag – Auftragnehmer – Errichtung/Finanzierung – Betrag in EUR inkl. MWSt.

1. Sanierung Münchenholz - Punzerstraße – Lang & Menhofer, Steyr – 2005 – 192.723,72
2. weitere Sanierungen in den Kreuzungsbereichen – Lang & Menhofer, Steyr – 2005 – 40.000,--
3. Bepflanzung, Rekultivierung, Transporte – FA für kommunale Dienste – 2005 – 2.276,28
4. Granitsteinankauf – diverse Granitsteinlieferanten – 2005 – 5.000,--

Gesamt: EUR 240.000,--

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 240.000,-- inkl. MWSt. werden bei VSt. 5/612000/002000 „Gemeindestraßen; Straßenneubau Münchenholz – Wagnerstraße“ finanziert.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt geht um die Sanierung der Zeugstätte II, das ist der Neubau der Kupferhammerfalle im Wehrgraben sowie das Dotationsbauwerk Unterer Wehrgraben, das ist unter dem Direktionsberg gelegen, das ehemalige Kraftwerk der Waffenfabrik GmbH., im Besitz eines Privatunternehmers. Das Projekt hat auch ergeben, dort ein Kleinkraftwerk zu errichten; nachdem das nicht zustande gekommen ist - wir haben die Sanierung aufgeschoben – wurde sie jetzt ausgeschrieben.

15) Wa-41/99 Zeugstätte II; Neubau der Kupferhammerfalle und –brücke sowie des Dotationsbauwerkes Unterer Wehrgraben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 1. September 2005 wird der Vergabe der Baumeisterarbeiten in Höhe von EUR 320.994,20 inkl. MWSt. an die Fa. Alpine – Mayreder, Steyr, der Vergabe des Stahlwasserbaues in Höhe von EUR 177.696,-- inkl. MWSt. an die Fa. Kössler GmbH, St. Georgen NÖ, sowie der Bereitstellung von insgesamt EUR 45.000,-- für unvorhersehbare Maßnahmen und Schwierigkeiten beim Anbau an das alte Kraftwerksgebäude (ca. EUR 30.000,--) und die Belange des Fischereiwesens (ca. EUR 15.000,--) zugestimmt.

Die Mittelaufbringung im Gesamtausmaß von EUR 543.700,-- inkl. MWSt. erfolgt durch Freigabe in Höhe von EUR 516.160,-- bei der vorgesehenen VSt. 5/632000/619000 „Wasserwehre und Schleusen; Instandhaltung von Sonderanlagen“ sowie durch Ausfinanzierung im Ausmaß von EUR 27.540,-- im Jahr 2006 bei gleicher Kostenstelle.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 45.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt ist einer, der uns allen sehr weh tut. Hier geht es um ein Kanalbauvorhaben, das bereits vor einigen Jahren gewesen ist und zwar im Bereich Feldstraße Richtung Resthof, der sogenannte F III. Hier wurde die Kanalverlegung ausgeschrieben, der Ausschreiber haftet natürlich für den Untergrund, wir haben allerdings auch eine Art der Verbauung vorgegeben. Der Bestbieter hat

sich nicht an diese Art der Verbauung gehalten und es ist das passiert, was wir befürchtet haben, das heißt, der Unterboden hat nachgegeben, es ist zu Setzungen gekommen. Die Nachforderungen der Firma waren immens hoch, das heißt es waren Millionenbeträge. In insgesamt 11 Verhandlungsrunden sind wir dann runter gekommen und bei der letzten Verhandlung hat der Richter uns dann vorgeschlagen, nicht auch noch über diesen Restbetrag auszustreiten, der Ausgang ist ungewiss, macht einen Vergleich. Nach wirklich eingehender Beratung, auch mit der Rechtsabteilung, stelle ich hiermit den Antrag auf einen Vergleich, wo EUR 60.000,-- an die Fa. Porr AG als endgültige Abschlagszahlung zu zahlen sind, bei gleichzeitiger Prozesskostentragung.

16) BauT-307/94 Rechtssache Porr AG gegen Stadt Steyr; Abschluss eines Vergleiches.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 1. 9. 2005 wird der Beendigung des vor dem Landesgericht Steyr geführten Prozesses mit der Porr AG folgendem Vergleich zugestimmt:

Die Stadt Steyr verpflichtet sich binnen 14 Tagen nach Rechtskraft des gegenständlichen Vergleiches den Betrag von EUR 60.000,-- an die Porr AG zu bezahlen. Hinsichtlich der angelaufenen Prozess- und Anwaltskosten wird eine Kostenaufhebung der Streitparteien vereinbart.

Zu diesem Zweck wird bei der VA-Stelle 5/851000/004520 (Abwasserbeseitigung – Kanalbau Projekt Sammler F III) ein Betrag von EUR 59.400,-- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Der verbleibende Restbetrag von EUR 35.600,-- wurde vom Gemeinderat bereits im Jahr 2002 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 59.400,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalisation. Sie wissen, wir haben einen sehr hohen Aufschließungsgrad im Stadtgebiet Steyr, wir haben aber immer noch Gebiete, die nicht versorgt sind. Der, der am schwächsten versorgt ist, ist der Stadtteil Gleink. Bei diesem Antrag sind auch einige Einzelkanäle, also Stichkanäle dabei und diese Bauvorhaben sind zur Erzielung eines besseren Preises gemeinsam ausgeschrieben worden.

17) BauT-8/05 Kanalisation Stadt Steyr – Kanalbau 2005, Teil 2;

1. Gleink – Neustift, Goldhanstrasse
 2. Krenngründe
 3. Mayrgründe
 4. Strassergründe
 5. Pyrach;
- Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe zur Kanalerichtung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 6. September 2005 wird die Fa. Gerstl BauGmbH, 4600 Wels, Kalkofenstraße 24, mit der Errichtung für die im Betreff angeführten Kanäle in Höhe von EUR 421.486,91 exkl. MWSt. beauftragt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 421.486,91 exkl. MWSt. werden bei der VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 421.486,91 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die

Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldungen. Ist jemand gegen diesen Antrag, es geht immerhin um EUR 400.000,--? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Diese Euros werden dazu verwendet, dass nichts im Untergrund versickert, Herr Bürgermeister. Beim nächsten Antrag geht es um das Neuplanungsgebiet Nr. 5 – Hausleiten. Wir haben hier ein Neuplanungsgebiet erlassen, was von der Aufsichtsbehörde als zu wenig detailliert befunden wurde. Es ist praktisch zurückgeworfen worden, die Fachabteilung hat es neu überarbeitet und liegt so, wie im Amtsbericht ausgeführt, jetzt zur Beschlussfassung vor.

18) BauGru-55/04 Neuplanungsgebiet Nr.5 – Hausleiten; Ergänzungsverordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Ergänzungsverordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 5 – Hausleiten - beschließen:

Ergänzungsverordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 6.10.2004 bezeichnete Gebiet Hausleiten wird als Neuplanungsgebiet der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idGF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 6.10.2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Planungsgebiet wird im Westen durch die aufsteigende Geländekante zum Stadtteil Resthof, im Süden und Osten durch das unmittelbar angrenzende bzw. durch Ackerflächen getrennte Flussufer der Enns eingegrenzt. Im Norden stellen die angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen im Bereich des Tennishofes Rottenbrunner den Grenzbereich dar. Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

- 1) Die im Flächenwidmungsplan Nr.2 der Stadt Steyr festgelegten Widmungen werden übertragen.
- 2) Die Festlegungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 24 vom 20.3.1962 (Zahl Bau 2-6831/60) inkl. dessen Teiländerung Nr. 1 vom 1. Februar 1990 (Zahl Bau 2-4180/88) sind uneingeschränkt anzuwenden. Für sämtliche Flächen des Neuplanungsgebietes, die außerhalb des Bereiches des Bebauungsplanes Nr. 24 gelegen sind, gelten folgende Einschränkungen:
 - a) Die vorderen Baufluchtlinien der Grundstücke mit den Nummern 1191/3, 1191/12, 1191/14-18, KG Gleink, werden in einem Abstand von 5 m zur ostseitigen Grundgrenze und als anbauverbindlich festgesetzt, die hinteren Baufluchtlinien werden in einem Abstand von 12 m, gemessen von der vorderen Baufluchtlinie, festgesetzt. Für alle anderen Grundstücke können aufgrund deren unterschiedlichen Konfiguration keine Baufluchtlinien festgelegt werden, in diesem Fall gilt: es ist die Bebauung einer Fläche mit max. 12 m x 12 m zulässig, wobei die Abstandsbestimmungen nach § 5 OÖ. BauTG einzuhalten sind.
 - b) Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse ist mit 1 Vollgeschoss begrenzt.
 - c) Die maximal zulässige Geschossflächenzahl darf 0,25 nicht übersteigen.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat

die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert und dem bestehenden Bebauungs-, Flächenwidmungsplan oder der Bauordnung nicht widersprechen.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idGF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Punkt geht es um Neuplanungsgebiet Nr. 3, eine Verlängerung der Hochwasserabflussbereiche. Ich darf hier an das Hochwasser 2002 erinnern, wo alle unsere Erfahrungswerte eigentlich auf den Kopf gestellt wurden und es auch Bereiche betroffen hat, wo wir eigentlich nicht angenommen haben, dass sie akut hochwassergefährdet sind. Der Gesetzgeber, das Land Oberösterreich geht eine restriktivere Vorgangsweise und dieser Beschluss ist notwendig, dass auch wir Flächen, die gefährdet sein können, jetzt von einer Bebauung freihalten, oder die entsprechenden Vorhaltemaßnahmen vorschreiben, dass kein Schaden an Leben und Vermögen passiert. Auch ein Grund ist ein Haftungsausschluss für uns als Kommune, damit uns nicht irgendjemand im Nachhinein haftbar machen kann.

19) BauGru-28/03 Neuplanungsgebiet Nr. 3; 1.Verlängerung Hochwasserabflussbereiche.

Der Gemeinderat möge nachstehende Verordnung betreffend die zeitliche Verhängung eines Neuplanungsgebiets Nr. 3 – 1. Verlängerung Hochwasserabflussbereich beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Das entsprechend dem Plan der FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 18. Juni 2003 blau lasiert ausgewiesene und vom August-Hochwasser 2002 betroffene Gebiet gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr verordnete Neuplanungsgebiet wird gemäß § 45 Abs. 5 der OÖ. Bauordnung LGBl. Nr. 66/94 idGF., um ein Jahr verlängert.

Ziel der Verordnung ist die Hintanhaltung von Bauvorhaben in den vom Hochwasser betroffenen Problemzonen bis zur Erstellung eines neuen Gefahrenzonenplanes der OÖ. Landesregierung für die Flüsse Enns, Steyr und den Ramingbach.

Das Neuplanungsgebiet hat die Wirkung das Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften, sowie Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idGF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tag der Kundmachung an in der FA für Baurechtsangelegenheiten, sowie in der FA für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch zwei Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für Jedermann

auf.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Letzter Berichterstatter ist Herr StR Walter Oppl.

Herr GR Ing. Wolfgang Hack verlässt um 17.43 Uhr die Sitzung.

BE:STADTRAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich stehe jetzt vor der nicht erfreulichen Aufgabe, ihnen zwei Anträge stellen zu müssen, wo wir doch mit einer beträchtlichen Summe in Form einer Kreditüberschreitung bzw. Kreditübertragung konfrontiert sind. Wir haben ja diese Problematik bezüglich der Kosten für die sozialpädagogischen Betreuungseinrichtungen bereits im Sozialausschuss ausführlichst diskutiert und auch heute bereits die Gelegenheit gehabt, im Rahmen des Antrages von unserer Frau Vizebürgermeister diese Problematik im Zusammenhang mit der Sozialhilfe ebenfalls bereits angesprochen. Wir waren im heurigen Jahr leider gezwungen zusätzlich 15 Kinder und Jugendliche in Heimen unterzubringen, in Summe sind aktuell 75 Kinder und Jugendliche aus Steyr in Heimen untergebracht und bei den ambulanten Betreuungsmodellen sind ebenfalls zusätzlich 24 Kinder und Jugendliche einzubringen. Hier haben wir in Summe 124 Kinder und Jugendliche in ambulanter Betreuung. Diese ambulante Betreuung ist wiederum der Versuch die Einweisung in ein Heim so lange wie möglich aufzuschieben.

Der Amtsbericht selbst ist, glaube ich, ausführlich erläutert und ich ersuche sie, meinem Antrag auf Kreditübertragung bzw. –überschreitung die Zustimmung zu geben.

20) JW-520/04 Kreditüberschreitungen bzw. – übertragungen bei den Kosten für Heimunterbringungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 6.9.2005 wird zum Zweck der Begleichung der von der Stadt Steyr gemäß §§ 44 bis 46 OÖ. Jugendwohlfahrtsgesetz zu tragenden Unterbringungskosten für Minderjährige in sozialpädagogischen Einrichtungen folgende Kreditübertragungen bewilligt:

Euro 200.000,-- von der VSt 1/439000/729600 auf die VSt 1/439000/728100

Weiters werden zum selben Zweck folgende Kreditüberschreitungen bewilligt:

VSt 1/439000/728000 Kreditüberschreitung um Euro 350.000,--

VSt 1/439000/728100 Kreditüberschreitung um Euro 300.000,--

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Auch keine, einstimmige Annahme.

STADTRAT WALTER OPPL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um eine Kreditüberschreitung der Kosten für die Pflegekinder. Auch hier sind wir damit konfrontiert, dass wir heuer sechs zusätzliche Pflegekinder dauerhaft unterbringen mussten, was einerseits aber wiederum für uns günstig ist, weil ja die Kosten bei Pflegeeltern wesentlich geringer sind, als wie in Heimen. Insgesamt haben wir in Steyr 29 Pflegekinder bei Pflegeeltern untergebracht und ich ersuche um Genehmigung der Kreditüberschreitung für diese Maßnahmen.

21) JW-520/04 Kreditüberschreitung bei den Kosten für Pflegekinder.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 6.9.2005 wird zum Zweck der Begleichung der von der Stadt Steyr gemäß §§ 44 bis 46 OÖ. Jugendwohlfahrtsgesetz zu tragenden Kosten für Minderjährige auf Pflegeplätzen eine

Kreditüberschreitung in Höhe von Euro 100.000,-- bei der VSt 1/439000/768200

bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmittel zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Auch keine, daher einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter. Wir sind am Schluss unserer Tagesordnung. Wir haben heute Verhandlungsgegenstände im Wert von Euro 2.726.956,-- beschlossen und die Kenntnisnahme von Beschlüssen von insgesamt 89.800,--, ergibt Euro 2.816.756,--.

Ich danke für die Aufmerksamkeit, die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 17.46 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Christian Aichmayr eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Rudolf Schröder eh.

GR Kurt Apfelthaler eh.